

NUR MIT DIR

GRÜNES WAHLPROGRAMM 2018








INHALT

Vorworte	6
Umwelt	8
Mobilität	11
Wohnen und Bodenverbrauch	16
Energie	20
Zusammenleben und Soziales	22
Transparenz, Mitsprache und Sicherheit	26
Arbeit und Wirtschaft	29
Tourismus	31
Land- und Forstwirtschaft	33
Gleichstellung	37
Bildung, Sport und Freizeit	39
Gesundheit	42
Kunst und Kultur	44

Querschnittsthemen

eine klare Abgrenzung der einzelnen Kapitel ist wegen vieler Überschneidungen nicht möglich, genauso wenig die Abbildung aller Themen durch Überschriften. Deshalb haben wir uns entschlossen, ein paar zentrale Themenkomplexe grafisch hervor zu heben:

-  JUGEND
-  DIGITALISIERUNG
-  TIERSCHUTZ
-  LEBENSQUALITÄT
-  INTEGRATION

**FÜR EIN
LEISTBARES UND
SELBSTBESTIMMTES LEBEN
FÜR ALLE
IN UNSEREM
WUNDERSCHÖNEN LAND**





LIEBE TIROLERIN, LIEBER TIROLER!

In den vergangenen fünf Jahren ist es uns gelungen, unser Land zum Wohle aller Menschen die hier leben, mit zu gestalten, weiter zu entwickeln und zu verbessern. Viele konkrete Projekte und Vorhaben konnten wir in intensiven Verhandlungen und hartnäckiger Arbeit umsetzen. Der Durchbruch bei der Öffi-Tarifreform und das neue Teilhabegesetz stehen beispielhaft für die Verbesserungen, die wir für die Menschen und die Umwelt in unserem Land erreichen konnten.

Aber damit geben wir uns nicht zufrieden. Wir haben noch viel vor: wir wollen das Leben in Tirol, allen voran das Wohnen erschwinglicher machen, den Transit halbieren, Solar volle Kraft ausbauen, das Zubetonieren stoppen und weiter für unsere Umwelt kämpfen.

Tirol ist ein wunderschönes, sicheres und lebenswertes Land. Die hohe Lebensqualität, die intakte Natur, den gesellschaftlichen Zusammenhalt und den erfolgreichen Wirtschaftsstandort wollen wir nicht nur für uns und die kommenden Generationen erhalten, sondern weiter entwickeln und vor allem auch leistbar und zugänglich für alle Menschen gestalten. Diese Vorhaben erfordern einen achtsamen Umgang mit der Umwelt, den Naturjuwelen und den Lebensgrundlagen in unserem Land. Es gilt die Belastung

durch Verkehr, Lärm und Verschmutzung auf ein verträgliches Maß zu reduzieren. Es braucht Rücksicht und Solidarität mit allen Menschen, die Hilfe und Unterstützung brauchen. Und es geht um die Achtung von Würde und Menschenrechten, Demokratie und Rechtsstaatlichkeit.

Für all diese Anliegen braucht Tirol viele laute und starke Grüne Stimmen im Landtag und in der Landesregierung. Damit Tirol so lebens- und liebenswert bleibt, brauchen wir deine Mithilfe und Unterstützung. Nur mit dir können wir die Kraft und Stärke entwickeln, um weiterhin nachhaltig und umsichtig für unser Land zu arbeiten. Bist dabei?

INGRID FELIPE
Spitzenkandidatin für die Landtagswahl



LIEBE FREUNDINNEN UND FREUNDE,

vor euch liegt das Wahlprogramm für die Tiroler Landtagswahl 2018 der Tiroler Grünen. Als Landessprecher*innen der Grünen dürfen wir euch verraten, dass wir besonders stolz auf dieses Programm sind. Warum? Weil die Erarbeitung der Punkte nicht in einem kleinen, stillen, geheimen Kämmerchen stattgefunden hat, sondern überall in Tirol. In den Gemeinden, Bezirken, bei unseren Teilorganisationen und bei grünen Sympathisant*innen. Hier konnten alle mitarbeiten, denen die Grüne Sache in Tirol am Herzen liegt. Diese breite Basis hat großartige Ideen geliefert und Visionen für eine Tiroler Zukunft aufgezeigt. Begonnen haben wir vor Ort im Frühjahr des letzten Jahres. Mit einer Tour durch alle Bezirke konnten wir bei vielen Terminen intensive Diskussionen und Gespräche führen. In einem offenen Prozess wurden daraus Ideen und Ziele für die kommende Landtagsperiode formuliert und gesammelt. Mit einzelnen Themengebieten haben wir uns intensiv mit unseren Teil- und befreundeten Organisationen ausgetauscht und ihr Fachwissen einfließen lassen. Die lange Liste wurde geordnet, gewichtet, gereiht und intensiv diskutiert.

Damit hatten wir eine fundierte Basis um in die inhaltliche Planung unseres Wahlkampfes zu gehen. Um es weiter zu konkretisieren, wurde auf der vergangenen Landes-

versammlung in Igls der Basisentscheid beschlossen. Kern des Entscheids war die Mitbestimmung der Grünen Mitglieder sowie der Grünen Sympathisant*innen in Tirol zu unseren wichtigsten Botschaften im Wahlkampf. Briefe und Mails wurden verschickt, die Urnen wurden durchs Land getragen und zahlreiche Gespräche geführt. Schlussendlich haben über 500 Menschen die zentralen Forderungen abgestimmt und unseren Weg in den Wahlkampf vorgezeichnet. Damit haben wir ein vielfältiges und fundiertes Ergebnis bekommen, an dem so viele Menschen wie noch nie mitgeholfen haben. An diesem Prozess waren viele Köpfe beteiligt und wir möchten uns stellvertretend für die Tiroler Grünen bei allen ganz herzlich bedanken. Eure Ideen und Ziele, eure Forderungen und Visionen sind die Basis der politischen Arbeit von uns Grünen. Durch eure Unterstützung und euer Vertrauen können wir jetzt dieses vielfältige Programm in Händen halten – DANKE!

Alles Liebe,

**HUBERT WEILER-AUER UND
BARBARA SCHRAMM-SKOFICZ**
*Landessprecher*innen der Tiroler Grünen*

Der Schutz unserer Umwelt ist das zentrale Thema der Tiroler Grünen. Wir leben in einem einzigartigen Land mit einer faszinierenden Natur. Diese möchten wir für die kommenden Generationen erhalten. Vielerorts ist die Natur allerdings auch durch den starken Nutzungsdruck bedroht. Hier wollen wir Grüne die Stimme der Natur sein, die auf den ökologischen Ausgleich achtet.

In den vergangenen Jahren konnten wir Grüne in der Regierungsverantwortung wichtige Impulse für den Umweltschutz in Tirol setzen. Dazu gehört beispielsweise der Schutz des Ruhegebiets Kalkkögel gegen massiven wirtschaftlichen Druck. Dazu gehört der Einstieg in die Nominierung von Natura 2000-Schutzgebieten, bei denen wir allerdings noch nicht so weit gekommen sind wie wir gerne wären. Hier wird in der kommenden Legislaturperiode die Rolle der Grünen entscheidend für den umweltpolitischen Fortschritt sein. Andere Koalitionskonstellationen wollen das Rad der Zeit zurückdrehen, wir Grüne hingegen wollen umweltpolitisch weiter kommen.

Auch der Schutz vor Abgasen, Lärm und Luftverschmutzung war in den vergangenen Jahren bereits ein zentrales Handlungsfeld der Tiroler Grünen und soll es weiter sein. Die Belastung ist für viele Menschen nicht mehr aushaltbar und braucht politisches Handeln. Menschliche Gesundheit muss vor gehen!


Ein gutes Leben in einer intakten Umwelt, so könnte man das Leitprinzip der Grünen beschreiben. Unser Umwelthandeln ist stets auch Menschen-bezogen. Wenn wir uns für den Schutz der Insekten vor Spritzgiften und gegen überbordenden Individualverkehr einsetzen, dann sind das gleichzeitig auch jene Belastungen, die uns Menschen und unsere Gesundheit beeinflussen. Auch wir Menschen sind, wie die Insekten, ein Teil des ganzen Öko-Haushaltes und von Veränderungen direkt betroffen.

Die Rahmenbedingungen für Umweltpolitik werden nicht einfacher. Standortargumente finden häufig Eingang in die öffentliche Debatte und schaffen selbst den Sprung in den Verfassungsrang. In der Öffentlichkeit hat Umweltpolitik im Großen häufig nicht den Stellenwert, den sie verdienen würde. Gleichzeitig sehen wir im Kleinen, wie viele Menschen darum bemüht sind, umweltgerecht zu handeln. Wir Grüne sehen uns als starken politische Arm der Umweltbewegung. Für den Weiterbestand der Ökologiebewegung in Österreich ist es von äußerster Wichtigkeit, dass Grüne weiter in den Parlamenten vertreten sind, als ein wesentlicher Bestandteil einer breiten Bewegung. Deshalb bringen wir unsere Ideen für eine lebenswerte Umwelt in Tirol im Interesse aller Menschen, die in Tirol leben, ein.

Ein paar Worte zu Europa: Wir Grüne sind eine proeuropäische Partei. Wir setzen uns für vertiefte Integration ein und dafür, Chancen in ganz Europa zu nützen. Die Überwindung der alten Nationalismen und Grenzen ist eine der wichtigsten Errungenschaften des vergangenen Jahrhunderts. In letzter Zeit zeigt sich jedoch der Versuch, unter verschiedenen Schlagwörtern die europäische Idee zu untergraben. Wir sagen: Wir wollen besser sein als

der europäische Durchschnitt. Nicht nur im Umweltbereich, aber gerade auch hier wollen wir europäische Pionier*innen sein.

Im Umweltbereich setzen wir Grüne uns in den kommenden fünf Jahren insbesondere in den folgenden Themenbereichen ein:

- Neue Schutzgebiete sind sinnvoll: ein Schutzgebiet Lechtaler Alpen, ein Schutzgebiet Niederkaiser und die Mitarbeit an einem grenzüberschreitenden Nationalpark Ammergauer Alpen. Auch im Rofan und im Verwall sollte über Schutzgebiete diskutiert werden.
- Naturpark Stubai umsetzen.
- Naturpark Kaisergebirge umsetzen.
- Umsetzung eines Leitbildes für die Tiroler Schutzgebiete.
- Schutzgebiete bleiben unangetastet, auch gegen Nutzungsdruck.
- Keine Zerstörung der Kalkkögel durch ein Liftprojekt.
- Natura 2000 soll umgesetzt werden. Dazu gehört die Nachnominierung der als signifikant ausgewiesener Gebiete, insbesondere am Piz Val Gronda und die Bergmähder des Wipptales. Die Ausweisung bereits gemeldeter Gebiete wie jener an der Isel und ihrer Seitenbäche ist für uns unumgänglich.
- Das Tiroler Seilbahn- und Skigebietsprogramm soll überarbeitet werden und auf Erschließungen wie Zubringerbahnen außerhalb der Gebiete verzichten. Die Geltungsdauer soll für mindestens 10 Jahre angelegt werden. Die Überarbeitung soll insbesondere auch die Entwicklung des Klimawandels berücksichtigen.
- Eine Vollerschließung der Gletscherskigebiete Ötztal-Pitztal mitsamt vieler Hektar neuer Pisten kommt für uns Grüne nicht in Frage. Maximal vorstellbar ist ein Zusammenschluss mittels Überspannung ohne neue Pisten.
-  Besonderer Schutz des Bergsteigerdorfs Innervillgraten vor der Erweiterung des Skigebiets und Verzicht auf die Skischaukel Sexten-Sillian.
- Tabustrecken für Kraftwerke an hochwertigen Gewässerstrecken sollen weiter umgesetzt werden. Für den Inn soll es einen länderübergreifenden Inn-Vertrag zum Schutz und zur ökologischen Verbesserung anstelle des bisherigen vertraglichen Flickwerks geben. Ein gemeinsames Inn-Management soll insbesondere zu einer Verbesserung beim Sedimenttransport führen.
- Eine ökosoziale Steuerreform besteuert Ressourcenverbrauch. Das bedeutet beispielsweise eine Abgabe auf die Nutzung von Gewässern für Kraftwerke. Die Naturschutzabgabe wird erhöht. Eine Naturschutzabgabe auf bewirtschaftete Parkplätze außerhalb des Siedlungsgebietes wird eingeführt.
- Ausgleichsabgaben für Naturnutzung sollen möglich werden, wobei Tabus für nicht-ersetzbare Eingriffe vorgesehen werden müssen. Die aufgebrachten Mittel sollen für Naturschutzprojekte zur Verfügung stehen.
- „Übliche Land- und Forstwirtschaftliche Nutzung“ im Naturschutzgesetz muss neu definiert und ökologisch priorisiert werden.
- Geotope im Naturschutzgesetz verankern.
- Wir wollen höhere Strafen für Vergehen nach dem Naturschutzgesetz, beispielsweise für illegale Bautätigkeit.

- Eine Baumschutzverordnung in Städten und Gemeinden soll ermöglicht werden.
- Die Alpenkonvention soll verstärkt im Bewusstsein der Tiroler*innen verankert werden.
- Die Aarhus-Konvention soll umgesetzt werden, insbesondere bezüglich der Parteilstellung der Öffentlichkeit. Durchgängiger Rechtsschutz soll gewährleistet sein.
- Der Landesumweltanwalt soll Beschwerderecht bei den Höchstgerichten in allen Verfahren erhalten wie es in anderen Bundesländern bereits seit langer Zeit Standard ist.
- Wir wollen ein Tiroler Umweltparlament einführen, in dem unterschiedliche Akteur*innen zusammengeführt werden und die Interessen der Umwelt öffentlich diskutiert werden können.
- Vereinheitlichung von Monitoring und Biotopkartierung in Tirol.
- Tiroler Strategie im Umgang mit Neobiota wie Springkraut, Knöterich etc. entwickeln.
- Klimawandelanpassungskonzepte werden erarbeitet und in der Folge auch umgesetzt.
- Nachhaltigkeits- und Green Event-Kriterien in allen Förderrichtlinien des Landes verankern.
- Schluss mit Einwegbechern bei Veranstaltungen in Tirol, Vorrang für Pfandsysteme.
- Initiativen zur Vermeidung von Essen im Müll unterstützen.
- Eine Kampagne zur Müllvermeidung mit Schwerpunkt auf die Vermeidung von Plastikmüll soll durchgeführt werden. Das gilt für Plastiksackerln, Plastikverpackungen ebenso wie für den Einsatz von Mehrweggebinden.
- Förderung von Repaircafés zur Müllvermeidung und für den sozialen Zusammenhalt ausbauen.
- Bewusstseinsarbeit für die richtige Entsorgung von Batterien und Akkus über Recyclingkreisläufe.
- Für den Naturschutz in Tirol sollen ausreichende finanzielle Mittel zur Verfügung stehen und mit dem notwendigen Ausmaß an Transparenz und Planbarkeit vorgesehen werden.
- Natur- und Umweltbildung im Landeshaushalt stärken.
- Öffentliche Gebäudeverwaltungen sollen auf Laubbläser und Laubsauger verzichten oder auf elektrische Modelle umsteigen.
- Die öffentliche Hand soll Vorbild in der Verarbeitung und beim Angebot von regionalen und saisonalen Bio-Lebensmitteln werden.
- Unterstützung von Tierheimen als regionale Kompetenzzentren für den Tierschutz. Als Kompetenzzentren für den Tierschutz sollen sie auch einen besonderen Schwerpunkt auf die Haltung von Haustieren legen. Tierschutz und artgerechtes Leben sind nicht nur in der Haltung von Masttieren ein Thema, sondern auch bei Haustieren.
- Wir setzen uns für einen Fütterungsverzicht bzw. restriktive Fütterungsregeln in der Tiroler Jagd ein.
- Verstärkte Kontrolle von Umweltgiften in Luft, Boden und Wasser.
- Wir setzen uns für einen Übergang der bisherigen Feuerwerke auf Formen des Feierns ein, die umwelt-, menschen- und tierverträglicher sind.
- Gemeinsam mit der Stadt Innsbruck und den Innsbrucker Kommunalbetrieben soll ein Flughafenmasterplan ausgearbeitet werden.
- Freiluft-Motorsportveranstaltungen sollen restriktiver als bisher behandelt werden.
- Novelle des Bergwachtgesetzes.

MOBILITÄT

Mobilität ist ein Grundbedürfnis der Menschen und eine Voraussetzung zur aktiven Teilhabe am gesellschaftlichen Miteinander. Die gestiegene Mobilität von Menschen und Gütern hat jedoch auch Auswirkungen auf Mensch und Natur, die nicht immer nur positiv sind. Gerade in Tirol spüren wir einen Teil dieser Auswirkungen in Form der Transitbelastungen.

Wir Grüne setzen uns für eine nachhaltige Mobilität ein. Nachhaltigkeit hat immer unterschiedliche Dimensionen: Dimensionen von Ökologie, Ökonomie und Sozialem, und auch von Generationengerechtigkeit und Teilhabe. Erst wenn alle unterschiedlichen Dimensionen zufriedenstellend in Einklang gebracht werden, kann von echter Nachhaltigkeit gesprochen werden.

In den vergangenen Jahren hat sich die Grüne Mobilitätspolitik in Tirol einerseits auf den Kampf gegen Lärm- und Luftbelastung konzentriert. Hier sind die Einführung des permanenten Luft 100ers auf der Inntalautobahn und die damit verbundene Einführung eines sektoralen Müll- und Schrottfahrverbots als wesentliche Meilensteine der vergangenen Jahre zu nennen. Auch Dosiersysteme und Obergrenzen an Belastungen, ebenso wie diverse Maßnahmen gegen unangepasste Geschwindigkeiten gehören dazu. Das Ziel der Grünen Politik ist die Verlagerung der Güterverkehrs auf verträglichere Transportsysteme wie die Schiene. Hierfür braucht es noch weitreichendere Maßnahmen.

Andererseits hat sich die Grüne Mobilitätspolitik der vergangenen Regierungsperiode darauf konzentriert, attraktive Angebote im öffentlichen Verkehr zu schaffen. Das Ziel dabei war, leistbare und dichte Angebote zu schaffen. Mit dem Tirolticket ist ein riesiger Sprung nach vorne in der Tiroler Mobilitätspolitik passiert. Es gibt einen regelrechten Boom bei Zeitkarten im öffentlichen Verkehr, und viele Menschen haben sich durch das Tirolticket eine Menge Geld gespart. Das ist eine Entlastung, die in den Geldtaschen der Tiroler*innen besser angekommen ist, als so manche Steuerreform. Gleichzeitig wurden Angebote ausgebaut, beispielsweise der S-Bahn-Takt im Inntal oder die Nachtschiene mit Zugangeboten oder Nachtbussen rund um die Uhr. Auch lokale Verkehre wurden verbessert und Direktbusse von Innsbruck nach Lienz und Reutte geschaffen. Ebenso wurde die Vertaktung in der Euregio wesentlich verbessert.

Die Elektromobilität wird sich in den kommenden Jahren als ökologisch und ökonomisch überlegen erweisen, vorausgesetzt natürlich sie wird mit sauberer Energie betrieben. Das Ziel muss in der Realisierung des Nullemissionsfahrzeuges bestehen. Darüber hinaus werden Elektrofahrzeuge bei intelligenter Steuerung auch ein großes neues Speichermedium werden. Für die Entwicklung der Elektromobilität in Tirol brauchen wir neben dem Ausbau der Infrastruktur besonders auch Bewusstseinsbildung, Erfahrungsaustausch und Gesamtkonzepte, die auch Wohnen und Arbeiten ebenso wie die Mobilitätszugänge unterschiedlicher Generationen berücksichtigen.

Auch Formen der nichtmotorisierten Mobilität wurden in den vergangenen Jahren ausgebaut, beispielsweise durch Investitionspakete in die Radwege im Land.

Unser Ziel ist die nachhaltige barrierefreie multimodale Mobilitätszukunft in Tirol. Dafür brauchen wir eine Reihe weiterer Maßnahmen:

- Die Fixierung einer Obergrenze für Transit-LKW.
- Der Luft-100er auf der Autobahn wird beibehalten, um die Herzen, Lungen und Ohren der Tiroler*innen zu entlasten.
- ➔ Eine Alpentransitbörse soll forciert werden.
- ➔ Stau-, Lärm- und Luftschadstoffmaut für Güterverkehr (Alpentransitbörse, Eurovig-nettenrichtlinie, Umsetzung EU-Direktive etc.)
- ➔ LKW-Blockabfertigungen weiterführen und ausdehnen, LKW-Dosiersysteme umsetzen.
- ➔ Ausweitung des Müll- und Schrottfahrverbots.
- ➔ Der Fernpass darf nicht zur Transitachse werden, insbesondere das 7,5 Tonnen-Limit muss bestehen bleiben.
- ➔ Kontrollen des transitierenden Güterverkehrs auf der Straße werden intensiviert.
- 🐾 Strenge Kontrolle von Tiertransporten auf Artverträglichkeit.
- ➔ Imonitraf: Initiativen zu europäischen Verkehrskorridoren vorantreiben und EU-Rah-mengesetzgebung zu Verkehrsverlagerung unterstützen.
- ➔ Gewerbegebiete und große Industrieunternehmen sollen wo möglich direkte An-schlüsse an die Güterbahn haben, beispielsweise durch direkte Gleisanschlüsse.
- ➔ Ein Eisenbahntunnel Außerfern soll projektiert und eine Anbindung nach Füssen ge-schaffen werden.
- ➔ Der zweigleisige Ausbau der Bahnstrecke ins Oberland soll forciert werden.
- ➔ Die S-Bahn-Haltestellen Messe, WIFI und Allerheiligen sollen umgesetzt werden. Langfristig ist ein drittes Gleis zwischen Innsbruck und Hall denkbar.
- ➔ Parkhäuser attraktiver gestalten, insbesondere zur Nutzung des öffentlichen Verkehrs. Zum Beispiel Öffi-Infotafeln, Radabstellanlagen, Verleihsysteme, E-Car-Sharing.
- ➔ Park+Ride weiter ausbauen.
- ➔ Die Bahnhofstabelle Brennero / Brenner soll neu gestaltet werden.
- ➔ Die Regionalbahn Innsbruck soll bis Völs und Hall weitergeführt werden. Langfristig ist auch eine Weiterführung entsprechend dem aktuellen Bedarf denkbar. Auch die Schienenanbindung der Mittelgebirgsgemeinden kann geprüft werden. Ein langfristi-ges Schienenkonzept soll erstellt werden; bereits jetzt ist die Busanbindung zwischen Innsbruck und dem westlichen Mittelgebirge stark genutzt.
- ➔ Beschleunigungs- und Verdichtungsprogramm für die Stubaitalbahn auf der beste-henden Strecke untersuchen und Verlängerung zum Stubai-er Gletscher auch als Ent-lastung für den Verkehr im Stubaital ernsthaft prüfen.
- ➔ Attraktivierung der Zillertalbahn mit Elektrifizierung der Strecke oder Wasserstoff-speicher.
- ➔ Stundentakt für die Mittenwald- und Außerfernbahn und Sicherung dieser wichtigen Nebenbahnen für Einheimische und Gäste. Bis Kranebitten soll ein Halbstundentakt geprüft werden, möglicherweise mit Verschiebung der Haltestelle zum Busknoten Al-lerheiligen.
- ➔ Eine Busverbindung Lienz-Mallnitz soll geprüft werden, um gemeinsam mit dem Land Kärnten eine verbesserte Anbindung Osttirols Richtung Norden und Osten zu erreichen.
- ➔ Ausbau von Busspuren, Vorrang für die Öffis.

- 📶 USB-Anschlüsse und WLAN sollen in möglichst vielen öffentlichen Verkehrsmitteln Tirols sowie an der Infrastruktur wie beispielsweise Haltestellen angeboten werden.
- ♥ Nightliner ins Zillertal, Achental, Brixental und Paznaun sollen eingeführt werden.
- ➔ Auf der Westbahnstrecke wurden bereits Direktverbindungen zum Flughafen Wien eingeführt. Zum näher gelegenen Flughafen München fehlen jedoch Direktverbindun-gen. Diese sollten geschaffen werden und können sowohl für Einheimische wie auch für Gäste attraktiv sein.
- ➔ Skigebiete als besondere Hotspots des Verkehrs in Tirol sollten ihre Tageskapazität auch in Transportkapazitäten des öffentlichen Verkehrs anbieten. Es muss zumindest theoretisch allen Gästen möglich sein, öffentlich an- und abzureisen.
- ➔ Evaluierung der Pendler*innenförderung, insbesondere der Pendlerpauschale des Bundes bei Bevorzugung des öffentlichen Verkehrs.
- ➔ Die zweite Stufe der erfolgreichen Tarifreform, in der Einzel- und Mehrfahrentickets deutlich billiger werden, soll umgesetzt werden. Zudem sollen Familientickets einge-führt werden.
- ➔ Tarifmaßnahmen grenzüberschreitend im öffentlichen Verkehr gemeinsam mit Südti-rol erarbeiten.
- ➔ In Verhandlungen mit dem Bund soll sichergestellt werden, dass Zivildienst- und Prä-senzdienstleistende das Tirolticket für den öffentlichen Verkehr in Tirol gratis erhalten.
- 📶 In Bus und Bahn sollen Tickets auch mobil und kontaktlos bezahlt werden können.
- ➔ Die Digitalisierung im Fahrkartenverkauf im öffentlichen Verkehr soll keine Hürde für die Benützung des öffentlichen Verkehrs darstellen. Für Menschen, die dabei Schwie-riigkeiten haben, soll es entsprechende barrierefreie Fortbildung und Unterstützung geben.
- ➔ Die Echtzeitinformation im öffentlichen Verkehr in Tirol soll ausgebaut werden.
- ➔ Busse auf alternative Antriebssysteme umstellen soweit die Technologien ausgereift sind.
- ➔ Installation eines unabhängigen Fahrgastbeirats für VVT und IVB.
- ➔ Mikro-ÖV in ländlichen Regionen unterstützen.
- Förderungen für autofreie Dorfzentren umsetzen und Begegnungszonen verstärken.
- Mobilität zu Fuß fördern: Sicherheit und Raum für Fußgänger*innen sowie Anreize für das Gehen zu Fuß sollen geschaffen werden. Das betrifft beispielsweise ausreichend lange Grünphasen bei Ampeln, zusammenhängende Wegenetze insbesondere auch für kurze Wege abseits des Straßennetzes, ausreichende Mindestbreiten und Belags-gestaltungen für barrierefreie Nutzung.
- ➔ Ein Gesamtkonzept für den Verkehr in der Region Hall wird mit besonderem Augen-merk auf den öffentlichen Verkehr, Fußgänger*innen und Radverkehr umgesetzt und umfasst auch Maßnahmen gegen den belastenden Schwerverkehr in der Region.
- ➔ Carsharing-Modelle ausbauen. Dabei sollen alternative Antriebe Vorrang haben. Car-sharing soll durch reservierte und preislich begünstigte Parkplätze im öffentlichen Raum unterstützt werden.
- ➔ Die Lade- und Abstellinfrastruktur für Elektromobilität soll ausgebaut werden.
- ➔ Förderungen für E-Bikes, E-Scooter, Pedelecs und E-Motorräder.
- ➔ Ausbau der Infrastruktur für Wasserstoff-Fahrzeuge. Ziel ist eine eigene Tiroler Erzeu-gungsanlage mit Grünstrom.
- ➔ Der Umbau der bisherigen Verbrennungsmotoren in der Mobilität zu Elektromotoren,

die um den Faktor 4 effizienter sind bietet Chance und Risiko gleichzeitig. Gerade in der Elektromobilität – ob mittels Akkumulatoren, Einspeisung wie bei der Eisenbahn oder mittels Wasserstoffantrieb – ist die Frage der nachhaltigen Erzeugung des Stroms von besonderer Bedeutung.

- Der öffentliche Fuhrpark soll Vorbild bei effizienten Antriebssystemen werden.
- Ausreichend viele auch überdachte Radabstellplätze bei öffentlicher Verkehrsinfrastruktur und Gewerbe- und Wohnanlagen sollen geschaffen werden. Landesrechtliche Normen tragen zur Umsetzung bei.
- Die Förderung für Radwege soll ausgebaut werden.
- Der Ausbau überörtlicher Radwege soll durch eigene Landesradwege möglich werden. Wir möchten den Wipptalradweg umsetzen, der am Brenner Anschluss an den bestens ausgebauten Südtiroler Radweg findet. Radwege wie dieser bieten eine ideale Kombination aus Alltagstauglichkeit für die einheimische Bevölkerung und Tourismus Chancen im europäischen Rad-Fernverkehr.
- Attraktivierung der Radwegebeschilderung.
- Zentrale Radwege sollen mit einer intelligenten Lichtsteuerung versehen werden.
- Unterstützung eines tirolweiten Radverleihsystems. Verstärkung von Fahrrad-Miet-systemen unter Einbindung von Gemeinden und Tourismus.
- Landesweite Kampagne für das Radfahren nach dem Vorbild Vorarlberg.
- Regionale Radwegkonzepte umsetzen, Qualitätsverbesserungen durchführen.
- Förderung für Lastenräder.
- Möglichst alle Busse in Tirol sollen auch Fahrräder mitnehmen können. Priorität haben Pendler*innenstrecken mit Steigungen und Ausflugsstrecken wie Kitzbühel-Osttirol, mittelfristig soll aber möglichst im gesamten Netz die Fahrradmitnahme klappen. Lösungen können sowohl im Bus wie auch außenliegend oder wo nötig mit Anhängern umgesetzt werden, am besten gemeinsam mit dem Tourismus.
- Fahrradtransport im Zug-Fernverkehr soll vereinfacht und verbessert werden, ebenso der Transport von Kinderwägen. Die Bahn soll familienfreundlicher werden, Still- und Familienzonen zum guten Standard werden. Im Nahverkehr sollte es gerade für Pendler*innen endlich auch Fahrrad-Zeitkarten geben oder am besten überhaupt Gratis-Fahrradmitnahme im Zug.
- Das Land Tirol soll auf die ÖBB einwirken, ihrer Verpflichtung zur Barrierefreiheit verstärkt nachzukommen. Das gilt auch für Kleinkinderfreundlichkeit.
- Vorrang für die Schneeräumung auf Öffi- und Radwegachsen.
- Maßnahmen zur Eindämmung des Motorradlärms werden gesetzt, von Kontrollen mit Lärmmessung, Geschwindigkeitsbegrenzungen über Bema-tung bis hin zu Dosier-systemen und Fahrverboten. Im Gegenzug soll verstärkt auf elektrisch betriebene Zweiräder gesetzt werden.
- Restriktive Genehmigung von Heliports in Tirol in Abstimmung mit den Anwohner*innen.
- Die Tiroler Landesverwaltung soll selbst dafür sorgen, möglichst wenig unnötigen Verkehr zu produzieren. Ein Beitrag dazu ist der Ausbau von Anlagen für Videokonferenzen innerhalb der Landesverwaltung, mit den Bezirkshauptmannschaften und den sonstigen Dienststellen. Auch mit Dienststellen des Bundes sollen Schnittstellen geschaffen werden und so beispielsweise unnötige Fahrten nach Wien vermieden

werden. So kann es beispielsweise auch einfacher werden, dass Mitarbeiter*innen des Rechnungshofes den Landtagsabgeordneten Auskunft erteilen ohne dafür jedes Mal nach Innsbruck anreisen zu müssen.

- Im Sinne einer Reduktion unnötiger Verkehre soll auch überprüft werden, welche Teile der Landesverwaltung ohne Effizienzverlust auch regional ausgeübt werden könnten. Die Verlagerung von Bundesdienststellen nach Tirol wird unter der Berücksichtigung des Effizientgebotes ebenfalls unterstützt.

WOHNEN UND BODENVERBRAUCH

Tirol ist ein teures Pflaster, das ist bekannt. Dafür gibt es unterschiedliche Ursachen: Die Topographie ist einer der wesentlichen Gründe, aber auch die Attraktivität Tirols als Lebens- Arbeits-, Urlaubs- und Bildungsraum. Wir freuen uns natürlich über diese Attraktivität, sehen aber gleichzeitig wie die Wohnkosten für viele Menschen in Tirol eine enorme Belastung darstellen, die es zu mindern gilt. Gerade im Sinne der Nachhaltigkeit gilt: Gesund essen, Umwelt schützen und gleichzeitig noch Geld für die Miete übrig haben, darf kein Widerspruch sein. Es muss für alle Menschen in Tirol möglich sein, nachhaltig und leistbar zu leben und zu wohnen.

Die Politik verspricht auf unterschiedlichen Ebenen seit vielen Jahren Wohnen in Tirol leistbarer zu machen. Und dennoch sehen wir wie die Wohnkosten rasant steigen. Das gilt insbesondere für den Bereich des freien Mietmarktes und insbesondere für den gesamten Zentralraum. Für junge Menschen ist es schwierig, sich Mieten leisten zu können und Eigentum ist in den meisten Fällen illusorisch. Doch nicht nur junge Menschen sind vom Wohnproblem betroffen. Große Schichten der Gesellschaft können sich menschenwürdiges Wohnen ohne Unterstützung gar nicht leisten und häufig reicht auch die öffentliche Unterstützung dafür nicht aus. Wohnungslosigkeit oder prekäre Wohnverhältnisse stellen ein alltägliches Phänomen in Tirol dar, obwohl wir als Gesellschaft so reich sind wie noch nie.

In den vergangenen Jahren ist es trotz großer Investitionen in die Wohnbauförderung nicht gelungen, den Wohnungsmarkt und insbesondere den Mietwohnungsmarkt nachhaltig zu entlasten. Wir sehen weiterhin, dass der Mietmarkt besonders in Innsbruck Spekulations- und Investitionsobjekt für große Kapitalanlagen ist, anstatt das Wohnbedürfnis der Bevölkerung zu bedienen. Wir sehen auch, wie es unterschiedliche Klassen von Mietrecht gibt, wobei wir nicht jenen die Wohnbedingungen verschlechtern wollen, die sich derzeit über gute Konditionen freuen, sondern gute Bedingungen für alle schaffen wollen. Und wir sehen gleichzeitig, wie der Wohnungsmarkt gerade von Studierenden in Innsbruck überhitzt wird, die ihrerseits keine Möglichkeit haben, günstige Angebote wie große neue Studierendenunterkünfte in Anspruch zu nehmen.

Leistbares Wohnen hat viele unterschiedliche Dimensionen: Wir wollen das Energiesparhaus und gleichzeitig wollen wir das Verkehrssparhaus. Wir wollen bodensparend bauen und dennoch Freiräume für alle Bewohner*innen, insbesondere natürlich für Kinder. Wir wollen eine gute Durchmischung im sozialen Wohnbau und wir wollen fairen und transparenten Zugang aller Menschen zum kommunalen Wohnbau. Wir sehen die Notwendigkeit von Nachverdichtung, auch wenn wir um die manchmal dabei entstehenden sozialen Konflikte wissen. Das Einfamilienhaus auf der grünen Wiese wird das Wohnbedürfnis großer Teile der Tiroler Bevölkerung dennoch nicht abdecken können. Gleichzeitig sehen wir die wichtigen wirtschaftlichen Impulse, die Wohnbau und Sanierung von bestehendem Wohnraum in Tirol schaffen.

Um Wohnen in Tirol leistbarer zu machen, um den Ansprüchen von intelligenter Mobilität, von Energiesparen und von gesundem Lebensraum gerecht zu werden, haben wir uns eine Reihe von Maßnahmen vorgenommen, die wir in Tirol umsetzen wollen:

- Maßnahmen zur Leerstandsmobilisierung unterstützen. Dazu brauchen wir im ersten Schritt eine objektive Erhebung des Leerstands. Des Weiteren sollen durch Projekte wie öffentliche Makler oder die Übernahme des Mietrisikos durch die öffentliche Hand bei reduzierten Mietkosten, Anreize für Vermieter*innen geschaffen werden. Aber auch negative Anreize zur Verhinderung von Leerstand bei von gefördertem wie privatem Wohnbau sollen bedacht werden.
- Tirol soll eine externe Mietpreiserhebung durchführen, um aktuell zu wissen, wie viel die Tiroler*innen wirklich für die Miete aufzuwenden haben. Dies soll auch Einfluss auf die Verordnung zur Hilfe zur Sicherung des Wohnbedarfs in der Mindestsicherung haben, deren Höhe derzeit nicht der Realität der Wohnkosten entspricht.
- Landesgesetzliche einheitliche Regelung der Mietzinsbeihilfe.
- Transparenz in der Berechnung der Miet- und Wohnbeihilfen, um die Höhe für die Bürger*innen nachvollziehbar zu machen.
- Die Wohnbauförderung soll zu einem Kreislaufsystem umgebaut werden, um auch künftigen Generationen zur Verfügung zu stehen.
- Die Höhe der Wohnbauförderung soll bei Nähe zu den Öffi-Achsen steigen und bei Passiv- und Plus-Energie-Häuser besonders eingesetzt werden.
- Neue Wohngebiete sollen vor allem an Öffi-Achsen gewidmet werden. Das spart Verkehr und Kosten.
- Vorzeitige Rückzahlung von Wohnbauförderungsdarlehen unter Beibehaltung der Konditionen soll möglich sein.
- Bei vorzeitiger Rückzahlung der Wohnbauförderung bleibt ein „Erinnerungs-Euro“ aufrecht, um das Veräußerungsverbot über die gesamte Laufzeit aufrecht zu erhalten oder das Land wird an Veräußerungsgewinnen beteiligt.
- Preisbindung von wohnbaugeförderten Wohnungen über das Ende der Darlehenslaufzeit hinaus festschreiben, um Spekulation mit gefördertem Wohnbau unterbunden werden.
- Der Wohnbauförderungsbeitrag soll zweckgebunden für die Wohnversorgung der Tiroler Bevölkerung zur Verfügung stehen.
- Garagenbau soll nicht mit Wohnbauförderungsmitteln gefördert werden.
- Mehr Fahrradabstellplätze bei Wohnanlagen in der Tiroler Bauordnung vorsehen.
- Die Stellplatzverordnungen der Gemeinden für PKW sollen weiter abgesenkt werden. Im Gegenzug soll es selbstverständlich werden, dass für Fahrräder praktikable Abstellmöglichkeiten vorhanden sind.
- Verpflichtende Infrastruktur für E-Mobilität in Tiefgaragen für Wohnbauträger. Beim Neubau soll die entsprechende Infrastruktur Standard sein, bei bestehenden Anlagen braucht es Adaptierungsstrategien.
- Die Pflicht zur Widmung von sozialem Baugrund (Widmungsflächen für gemeinnützigen Wohnbau) bei großen Widmungsgewinnen soll festgeschrieben werden.
- Der Bodenverbrauch in Tirol soll durch Raumordnungsprogramme auf das notwendi-

- ge Maß eingeschränkt werden. Auch Maßnahmen zur Bodenentsiegelung sollen vorgesehen werden.
- Es sollten auch Widmungen für ausschließlich objektgeförderten Wohnbau vorgenommen werden. Das bedeutet, dass der entstehende Wohnbau zu 100% sozialer Wohnbau ist.
 - Die Möglichkeiten der Vertragsraumordnung sollen für bodensparendes und leistbares Bauen ausgeschöpft werden.
 - Maßnahmen gegen Baulandhortung und zur Mobilisierung bereits gewidmeten Baulandes sollen getroffen werden.
 - Rückwidmungen gegen Spekulationsgewinne sollen geprüft werden, Spekulation mit bereits gewidmetem Bauland unattraktiv gemacht werden. Insbesondere freiwillige Rückwidmungen sollen forciert werden.
 - 🍷 Restriktive Steuerung der weiteren Entwicklung von Einkaufszentren.
 - Projekt „Wohnen überm Supermarkt“: Der ungenutzte Luftraum über Supermärkten stößt vielen Menschen in nachvollziehbarer Weise sauer auf und könnte effizienter und für leistbares Wohnen genutzt werden.
 - Nichtdiskriminierende Vergabekriterien für den sozialen Wohnbau transparent und einheitlich machen, bei jährlicher Übermittlung der Daten an die Landesregierung.
 - Überprüfung von Freizeitwohnsitzen. Die festgelegten Obergrenzen an Freizeitwohnsitzen je Gemeinden müssen rigoros eingehalten werden. Möglichkeiten der Kontrolle und von Sanktionen sollen geschaffen werden. Das Ziel ist, dass knapper Wohnraum nicht 52 Wochen im Jahr ungenutzt leer steht, während andere Menschen Bedarf an Wohnraum haben.
 - Überörtliche Raumordnung stärken: Raumordnung von der Gemeinde zum Land.
 - 🍷 Projekte generationenübergreifenden Wohnens sollen auch im sozialen Wohnbau umsetzbar werden.
 - Unterstützung von Mietfördermodellen in Ortskernen.
 - Ein Modell „Mietkauf neu“ soll geschaffen werden. Dabei soll die bereits bezahlte Miete zu einem größeren Teil auf den Kaufpreis angerechnet werden. Damit wird das Modell „Mietkauf neu“ auch für Menschen attraktiv, die sich derzeit kein Eigentum leisten können, aber über ihre Miete Anzahlungen für einen Kauf leisten. Das Modell kann insbesondere für jüngere Generationen attraktiv sein, die nicht über das notwendige Eigenkapital für Kauf oder Mietkauf verfügen.
 - Der Tiroler Bodenfonds soll günstige Grundstücke für leistbares Wohnen, beispielsweise jungen Häuslbauer*innen, in verdichteter Bauweise zur Verfügung stellen.
 - Modelle für gemeinsames Wohnen im Alter und für Wohnen für Hilfe sollen verstärkt ausgebaut werden. Wenn ältere Menschen bereit sind, in kleinere Wohnungen oder in barrierefreie Wohnungen zu ziehen, dann soll es Unterstützung beim Umzug geben.
 - Ausbau von betreutem Wohnen, insbesondere auch für psychisch erkrankten Menschen.
 - Besondere Berücksichtigung von Menschen mit besonderem Wohnbedarf im gemeinnützigen Wohnbau, zB Menschen mit wenig finanziellem Vermögen, erkrankte Menschen, Frauen und Kinder, Jugendliche... Für Niedrigverdiener*innen braucht es oft eigene Wohnungskontingente, weil sie in den kommunalen Wohnungsvergaben aufgrund bestehender Wartezeiten oder anderer Hürden häufig nicht im notwendigen Ausmaß berücksichtigt werden können. Betreutes Wohnen soll in jeder Gemeinde selbstverständlich sein.

- Ausbau der Delogierungsprävention. Umsetzung von Housing first, wo möglich. Wohnen ist ein Grundrecht und soll auch so behandelt werden.
- Für ältere Gebäude soll eine Förderaktion des Landes für die Nachrüstung mit Rauchwarnmeldern geschaffen werden, die zu mehr Sicherheit im Brandfall beitragen können.
- Gebäudesanierung soll verstärkt gefördert werden und stets ökologisch nachhaltig erfolgen.
- Lokale, ökologisch verträgliche und nachhaltige Baustoffe für Sanierungen werden gefördert.
- Die einkommensunabhängige Sanierungsoffensive wird fortgesetzt.
- Landesförderung für den nachträglichen Einbau von Liften und barrierefreien Umbau in Wohnanlagen vorsehen und die Förderung erhöhen.
- Förderung und Unterstützung von „Baugruppen-Projekten“ bzw. Genossenschaften.
- Die gemeinnützigen Wohnbauträger sind in Tirol in ihrer Rolle als nicht-gewinnorientierte Unternehmen zum Nutzen leistbaren Wohnens für alle Menschen in Tirol zu stärken.
- ♥ Bau neuer Studierendenheime in Innsbruck und Umgebung. Wir wollen mindestens 2.000 neue Wohnplätze für Studierende in Innsbruck. Das Konzept „Smart City Living“ kann dabei Leitidee sein.
- Die Verwendung erneuerbarer Energieträger im Wohnbau stellt für uns eine Selbstverständlichkeit dar. Gerade bei Reihenhausprojekten und Neuwidmungen sollten Projekte der Fernwärme oder Mikronetze entsprechend den lokalen Gegebenheiten Standard werden.
- Baurechtsmodelle für Private forcieren.

ENERGIE

Ein wesentlicher Teilbereich der Umweltpolitik ist die Energiepolitik. Insbesondere Tirol steht auf Grund seiner Topografie im Zentrum verschiedener Begehrlichkeiten in der Energiepolitik. Aber auch weltweite Entwicklungen machen vor Tirol nicht halt. Immer noch ist der Anteil an fossilen Energieträgern viel zu hoch. Das gilt insbesondere im Verkehrsbereich, aber auch im Gebäudebereich.

Energiesparen ist die wichtigste Maßnahme und immer noch finanziell günstiger und zudem ressourcenschonender als die Neuerrichtung von Kraftwerken jeder Art: es ist billiger, in Effizienz zu investieren und so ohne Qualitätsverlust bessere Ergebnisse zu erzielen, als stets nur die Produktion zu erhöhen. Wir wollen erneuerbare Energien nachhaltig nutzen. Besonders die Nutzung der Sonnenenergie steht deshalb im Zentrum unserer Bemühungen.

Und schlussendlich braucht Tirol in umstrittenen Fragen wie der Nutzung der Großwasserkraft oder der Windkraft eine politische Partei, die sich klar auf die Seite der Nachhaltigkeit stellt. Jede einzelne Maßnahme ist sowohl auf ihre konkrete Auswirkung auf die Umwelt, wie auch auf den größeren Zusammenhang in der europäischen Energiepolitik zu bewerten. Klimaschutz und klassischer Naturschutz stehen immer wieder in scheinbaren Konflikten zueinander und müssen einer gemeinsamen Lösung zugeführt werden. Deswegen braucht es weiterhin starke Grüne, die einen Gegenpol zu den reinen Geschäftsinteressen bilden und sich weitsichtig und konstruktiv für eine nachhaltige Energiepolitik arbeiten.

Im Energiebereich setzen wir Grüne uns in den kommenden fünf Jahren insbesondere in den folgenden Themenbereichen ein:

- Raus aus Öl und Gas: Keine neuen Ölheizungen in Tirol. Stopp für Förderungen für den Umstieg auf Gasheizungen. Alternativen fördern!
- Die Photovoltaikförderung in Tirol soll ausgebaut werden, lokale Speicher unterstützt und insbesondere Photovoltaikanlagen bei Mehrparteienhäusern erleichtert werden. Für die Speichertechnologie vor Ort sollen auch jene Speicher berücksichtigt werden, die bessere Werte in Bezug auf Rohstoffverwendung und Recycling vorweisen können. Für Einspeisung von lokal produziertem Solarstrom ins Netz und Rückbezug soll eine praktikable Lösung gefunden werden. Insgesamt muss es das Ziel des Landes Tirol sein, die direkte Nutzung der Sonnenenergie stärker als bisher zu unterstützen.
- Die TIWAG soll eine eigene Sparte TISOLAR eröffnen.
- Der Kriterienkatalog Windkraft soll beschlossen werden und sowohl einschränkende Regeln wie auch Möglichkeiten für die Errichtung von Windkraftanlagen in Tirol enthalten.
- Der Kriterienkatalog Wasserkraft wird auf alle Kraftwerksprojekte in Tirol verpflichtend, verbindlich und transparent angewendet.
- Wasserwirtschaftliche Planungen des Landes sollen für Tirol konzipiert werden, mit besonderem Fokus auf die Erreichung der morphologischen Qualitätsziele für die Gewässer. Besonders beeinträchtigte Strecken sollen durch Maßnahmen des Landes vorrangig ökologisch saniert werden.

- Wir sprechen uns gegen das Vorantreiben des Kraftwerksausbaus im Kautal mit Überleitungen aus dem Ötztal aus.
- Der Tauernbach ist unter Umständen relevant für Natura 2000 an den Osttiroler Gletscherbächen. Deshalb sollte dort kein Kraftwerksprojekt realisiert werden und die TIWAG zum Verzicht auf ihr eingereichtes Projekt bewegt werden.
- Das Kraftwerksprojekt Tumpen-Habichen hat vor dem Europäischen Gerichtshof die wasserrechtliche Umsetzung der Aarhus-Konvention in Österreich angestoßen. In der Folge wird die Parteistellung für Umwelt-NGOs auch in naturschutzrechtlichen Verfahren auf Landesebene umzusetzen sein. Das Kraftwerksprojekt sollte deshalb so lange durch die TIWAG mit ihrem Anteil ruhend gestellt werden; zudem sind landesseitig neue rechtliche Rahmenbedingungen zu schaffen und anschließend das Verfahren neu durchzuführen.
- Wir Grüne sehen derzeit die rechtlichen Voraussetzungen für Kraftwerke am Kaiserbach nicht gegeben, weil die Bäche relevant für Natura 2000 an den Osttiroler Gletscherbächen sein können. Deshalb sollte derzeit ebenfalls keine Genehmigung für Projekte an diesen Bächen erfolgen.
- Natura 2000-Gebiete bleiben von Kraftwerksbauten unberührt. Ausnahmen können für Inselbetriebe wie für Schutzhütten oder bewirtschaftete landwirtschaftliche Almen bestehen. Vorrang sollen aber auch dort Nutzungsformen wie die Photovoltaik haben.
- Kraftwerks-Altanlagen werden vorzeitig einer ökologischen Sanierung zugeführt, das bedarf auch Maßnahmen des Landes. Tirol ist jetzt bereits bei der Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie säumig.
- Revitalisierung von Kraftwerken besser unterstützen bei gleichzeitiger Umsetzung der Wasserrahmenrichtlinie.
- Abwasserkraftwerke forcieren, wo diese wirtschaftlich zu betreiben sind. Ebenso sind Trinkwasserkraftwerke zu forcieren.
- Mehr Transparenz für das Landesunternehmen TIWAG: Aufgaben des Landesunternehmens durch ein Statut festschreiben. Hierin soll festgehalten werden, worin der gesellschaftliche Mehrwert des Energieversorgungsunternehmens in gänzlicher Landeshand bestehen soll. Die TIWAG ist mehr als nur ein Unternehmen nach dem Aktienrecht.
- Lokale Biomasse soll verstärkt eingesetzt werden. Das beinhaltet auch die Möglichkeit, lokales Biogas ins Erdgas-Netz einzuspeisen.
- TIGAS soll verstärkt in Richtung eines Biogas- und Abwärme-Unternehmens umgebaut werden.
- Errichtung einer Struktur zur Abwärmenutzung.
- Engagierte energiepolitische Entwicklungen wie jene von Gemeinden zu E5-Gemeinden sollen forciert werden.
- Für Beschneiungsanlagen in Skigebieten soll – wie für Skigebiete insgesamt – gelten, dass diese ausschließlich mit erneuerbaren Energien, bevorzugt mit Strom aus Photovoltaik betrieben werden sollen. Der Problembereich des Eintrags von Bakterien durch die Verwendung des Schnees soll einer Lösung zugeführt werden. Den Zusatz von Bakterien wie Snowmax zur künstlichen Beschneigung lehnen wir ab.

ZUSAMMENLEBEN UND SOZIALES

Das Wesen einer Gesellschaft erkennt man daran, wie solidarisch miteinander umgegangen wird. In diesem Sinne zählt der Umgang mit den Schwächeren in der Gesellschaft zu einem der wichtigsten Anliegen von uns Grünen. Ob Kinder, Menschen mit Krankheiten oder Behinderungen, psychisch beeinträchtigte Menschen, Menschen auf der Flucht, Wohnungslose – Menschen, denen das Leben in der einen oder anderen Form übel mitgespielt hat: Wir wollen uns dafür stark machen, dass unsere Gesellschaft nicht auf sie vergisst. Jeder Mensch kann auf die Solidarität der Gesellschaft angewiesen sein, früher oder später. Darauf wollen wir vorbereiten, wenn wir uns beispielsweise für eine barrierefreie Gesellschaft einsetzen – das nützt nämlich schlussendlich allen Menschen. Geborgenheit und Sicherheit in der Gemeinschaft, in der Gruppe oder in der Familie sind Grundpfeiler einer solidarischen Gesellschaft. Solidarität wirkt immer in alle Richtungen, es gibt kein oben oder unten. Wir setzen uns dafür ein, dass dieser Zusammenhalt in der Gesellschaft gestärkt wird. Wir alle sind auf ein Miteinander angewiesen, immer und überall.

In den vergangenen Jahren konnten wichtige Initiativen im Bereich der Kinder- und Jugendhilfe gesetzt werden, ebenso bei der Absicherung von Sozialvereinen oder bei der Gewaltprävention. Wir haben Verletzlichkeiten sichtbar gemacht und Gewaltphänomene benannt. Wir bekämpfen die Armut und nicht die Armen. In manchen Bereichen ist der Zusammenhalt der Gesellschaft noch nicht so stark wie wir ihn gerne hätten, beispielsweise bei der Mindestsicherung. Wir sehen hier deutlich, dass die Wohnkosten noch weit über dem liegen, was sich Mindestsicherungsempfänger*innen leisten können und wollen hier Verbesserungen durchsetzen. Die Umverteilung von Vermögen und leistungslosem Einkommen für den Zusammenhalt der Gesellschaft ist noch nicht dort, wo wir sie gerne hätten. Gerade mit Schwarzblau im Bund droht Tirol nun ein sozialer Kahlschlag, gegen den es eine starke Grüne Stimme braucht.

In jüngster Zeit sind wieder vermehrt Menschen auf der Flucht vor Krieg und Verfolgung nach Tirol gekommen. Wir haben uns bemüht, ihnen eine menschenwürdige Unterkunft zu bieten und Integrationsangebote zu machen.

Die Integration von Menschen auf der Flucht ist eine Herausforderung für die gesamte Gesellschaft. Wir wollen ihr menschlich und gleichzeitig realistisch begegnen. Das ist für uns kein Widerspruch. Wir dulden Gewalt von Menschen auf der Flucht ebensowenig wie von allen anderen. Wir unterstützen schutzsuchende Menschen in gleichem Maß wie Einheimische, wo Bedarf besteht. Regeln haben für alle zu gelten. Das gilt in beide Richtungen. Wir werden nie verstehen, warum es Menschen auf der Flucht nicht erlaubt sein soll, für sich selbst zu sorgen wenn sie das möchten. Derzeit sind sie mit Arbeitsverboten belegt, und erleben gesellschaftliche Nachteile, weil sie nicht arbeiten. Diesen Zirkel gilt es zu durchbrechen, indem jenen Menschen auf der Flucht erlaubt wird, sich selbst durch Arbeit zu erhalten und Steuern zu bezahlen. Menschen auf der Flucht sollen nach Möglichkeit für sich selbst sorgen und nicht dauerhaft von Hilfsstrukturen abhängig werden. Abstru-

se Vorstellungen, wie Menschen auf der Flucht zu konzentrieren und in Großquartieren unterzubringen und gegen ihre Integration vorzugehen, lehnen wir ab. So werden mehr Probleme geschaffen als gelöst. Gleichzeitig wollen wir die Integrationsangebote für alle im Interesse der gesamten Gesellschaft ausbauen. Das betrifft beispielsweise Deutsch von Anfang an. Bildung und Qualifikation sind ein Schlüssel, wenn dauerhafter wirtschaftlicher Erfolg und Integration möglich sein sollen. Die Herausforderungen können dabei nur von allen gemeinsam geschultert werden. Hier sind Gemeinden genauso wie Arbeitgeber in der Pflicht, damit keine Ghettos entstehen. Vorhandene Parallelgesellschaften brauchen Hilfe und konstruktive Angebote, damit ihnen der Zugang zu unseren kulturellen Vorstellungen und zu unseren Werten erleichtert wird. Und wir erwarten auch von bei uns Schutz suchenden Menschen, dass sie im Rahmen ihrer Möglichkeit zu einem erfolgreichen Zusammenleben beitragen.

Menschen, die auf der Flucht vor Gewalt und Verfolgung sind, erfahren in Tirol Mitgefühl und Solidarität, auch das ist Tradition. Das Zusammenspiel von internationalem und nationalem Recht braucht darüber hinaus immer auch die Hilfsbereitschaft, um wirken zu können. Auf Grüne Initiative hin wurde in den vergangenen Jahren eine Integrationsstrategie entwickelt, die in den Bereichen Deutsch, Bildung, Arbeit, Wohnen, Gesundheit, Soziales, Begegnung und Zusammenleben wirksam wird. Bestehende Angebote sollen hier weiter vernetzt und ausgebaut werden.

Neben der Flucht-Migration spielt auch die Wirtschafts-Migration international eine bedeutende Rolle. Menschen wandern von Hoffnungslosigkeit hin zu Arbeit und Zukunftsperspektiven. Österreich hat bis heute leider kein Einwanderungsgesetz mit nachvollziehbaren Kriterien. Für viele Zugewanderte haben kulturelle und religiöse Überzeugungen große Bedeutung, weil sie die Versicherung eigener Identität ermöglichen. Bei manchen länger Ansässigen entstehen jedoch Eindruck und Angst, dass andere Kulturen und Religionen Überhand nehmen könnten und die eigene Identität gefährden. Dazu kommt, dass religiöse Überzeugungen häufig mit patriarchalen Traditionen vermischt werden. Speziell im Integrationsprozess kommt derartigen Fragen eine erhöhte Bedeutung zu, weil sie zu Grenzziehungen ebenso wie zu Begegnungen führen können.

Der Begriff „Heimat“ ist unter anderem verbunden mit Aspekten wie Landschaft, Tradition, Kultur und Sprache. Häufig ist der Heimatbegriff von wirtschaftlicher Ausbeutung bedroht, beispielsweise durch Auswüchse der Volkskultur. Andererseits wird Heimat auch dazu verwendet, Eigenes und Fremdes abzugrenzen. Wir Grüne stellen uns gegen die Instrumentalisierung des Heimatbegriffs. Heimat ist unter anderem ein gesunder Lebensraum von Menschen, Flora und Fauna. Sie beinhaltet verschiedene Dialekte, Sprachen, Traditionen und Kulturen. Wir Grüne stehen dafür ein, Heimat aktiv mitzugestalten. Heimat ist weder angeboren noch kann sie verordnet werden. Wir übernehmen Mitverantwortung für das „Land im Gebirg“.

Im breiten Feld der Gesellschaftspolitik stehen und arbeiten wir Grüne unter anderem für:

- Deutliche Aufstockung des Frauenbudgets, des Integrationsbudgets und des Budgets für Sozialvereine. Absicherung der Vereine mit mehrjährigen indexierten Fördervereinbarungen.
- Die bedarfsorientierte Mindestsicherung muss mindestens auf dem bisherigen Niveau bestehen bleiben und soll ausgebaut werden.
- Ausbildung und Bezahlung von Sozialberufen sollen verbessert werden.
- Ausbau der Sozialberatung und Sozialbegleitung in den Bezirken.
- Familienhilfe soll flächendeckend in Tirol zur Verfügung stehen. Darunter ist temporäre und niederschwellige Assistenz zu verstehen, beispielsweise wenn Eltern ins Krankenhaus müssen und keine Betreuungsmöglichkeit für ihre Kinder haben.
- Mehr Plätze und Ressourcen in der Kinder- und Jugendhilfe.
- Ein Strukturplan für die Kinder- und Jugendhilfe soll erarbeitet werden.
- ♥ Keine Verschärfung des Jugendschutzgesetzes, sondern Ausbau der Jugendförderung. Österreichweit soll eine Vereinheitlichung des Jugendschutzrechts erfolgen.
- Menschen in Not soll es weiterhin erlaubt sein, um Unterstützung zu bitten. Das inkludiert auch die Erlaubnis des passiven Bettelns. Notschlafplätze für Menschen ohne Wohnung sollen in ganz Tirol dezentral zur Verfügung stehen.
- Die UN-Konvention über die Rechte von Menschen mit Behinderungen soll umgesetzt werden.
- Menschen mit Behinderungen sollen auch weiterhin bei sie betreffenden Maßnahmen einbezogen werden.
- Förderung der Inklusion von Menschen mit Behinderungen im Regelschulwesen.
- Das Land Tirol soll die gesetzliche Einstellungsquote für Menschen mit Behinderungen erfüllen.
- Öffentliche Gebäude müssen ausnahmslos barrierefrei gestaltet werden. Fristen für die Umgestaltung sollen möglichst kurz sein.
- Ausbau des Projektes Persönliches Budget für Menschen mit Behinderungen.
- Bewusstseins- und Aufklärungsarbeit zum Thema Gewalt an Menschen mit Behinderung.
- ★ Barrierefreiheit bedeutet auch Mehrsprachigkeit, beispielsweise auf der Homepage des Landes Tirol.
- ★ Das Netz an Integrationsbeauftragten ist zu verdichten, sodass sich mittels Aufklärung, Hilfestellung sowie durch verbindende sprachliche und kulturelle Angebote Ansätze von Parallelkulturen auflösen bzw. erst gar nicht bilden.
- ★ Ausbau und Regionalisierung von Integrationsangeboten.
- ★ Angebote für maghrebinische Jugendliche. Das Ziel stellt Unterbringung, Integration und Gewaltprävention gleichermaßen dar.
- ★ Menschen in der Grundversorgung brauchen Tagesstruktur durch Beschäftigung und vor allem Sprach- und Bildungsangebote.
- ★ Dezentralisierung der Unterbringung von Menschen auf der Flucht.
- ★ Die Aufnahme von Menschen auf der Flucht in Tirol soll in kleinen Einheiten geschehen, wobei jede Gemeinde verpflichtet sein soll, einen Prozentsatz an Notwohnungen für den Bedarfsfall vorzuhalten.

- ★ Unser Zugang zu nach Tirol kommenden Menschen soll menschlich und realistisch gleichzeitig sein.
- Ausbau der Angebote für betreutes Wohnen, auch in den Regionen, insbesondere für Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen.
- Erinnerungskultur und Erinnerungsort zum Thema Missbrauch in Fürsorgeeinrichtungen und Institutionen.
- Therapien für Menschen mit Missbrauchserfahrungen in öffentlichen Einrichtungen sollen weiterhin von der öffentlichen Hand übernommen werden.
- Energiearmut als eine Form der sozialen Armut soll besonders bekämpft werden. Hier zeigt sich die Verbindung von Ökologie und Sozialem besonders deutlich.
- Mittel für die Entwicklungszusammenarbeit erhöhen.
- ★ Durchreisepässe für Roma und Sinti sollen geschaffen werden, um den Ansprüchen der fahrenden Völker und den Wünschen der ansässigen Bevölkerung gleichermaßen nachkommen zu können.
- Wir sprechen uns für die Deradikalisierung politischer und religiöser Extremismen aus, hier kann das Land Tirol eine vermittelnde Haltung einnehmen und Präventionsprojekte starten.
- Einrichtung einer Anlaufstelle für die Opfer von Hass im Netz unter Förderung und Einbindung bereits bestehender Einrichtungen.
- ★ Würdevolle Begräbnisse müssen für Menschen jeder Konfession auf Tiroler Friedhöfen mit Rücksicht auf die jeweiligen Glaubensvorstellungen möglich sein. Das gilt auch für jene Menschen, bei denen die öffentliche Hand die Bestattung übernimmt. Urnenbestattungen oder Bestattung von Asche außerhalb von Friedhöfen sollen mit Rücksicht auf Hygienebestimmungen möglich sein.
- Das Verstreuen von Asche nach Kremierungen soll zumindest auf Aschestreuaplätzen auf Friedhöfen zulässig sein. Wir können uns auch eine weitere Liberalisierung der Bestimmungen vorstellen.
- ♥ Beibehaltung der bestehenden Altersgrenzen zum Rauchverbot.
- In ganz Tirol soll es eine einheitliche und zweckgewidmete Hundesteuer geben. Es ist nicht einzusehen, warum die Abgaben je Gemeinde unterschiedlich sein sollen.

TRANSPARENZ, MITSPRACHE UND SICHERHEIT

„Selbstbestimmt“ ist einer der Grundwerte der Grünen. Damit Menschen in der Lage sind selbstbestimmt zu handeln, braucht es als Voraussetzung Informationen. Diese Information zur Verfügung zu stellen ist seit Beginn der Grünbewegung eine der Säulen unserer Politik. Transparenz herzustellen war schon in den Oppositionsjahren stets eines unserer wichtigen Anliegen, indem wir versucht haben aufzudecken, was hinter den Kulissen geschah. In der Regierung galt dieser Anspruch weiter und zeigte sich beispielsweise darin, die Protokolle von Regierungssitzungen zu veröffentlichen oder in partizipativen Prozessen zur Erstellung von Gesetzen, wie beispielsweise dem Tiroler Teilhabegesetz für Menschen mit Behinderung. Erstmals in seiner Geschichte hat der Tiroler Landtag in der vergangenen Periode auch einen Petitionsausschuss eingesetzt, der wichtige Anregungen von Bürger*innen aufgenommen hat.

Sicherheit ist wie Freiheit ein grundlegendes Bedürfnis aller Menschen und je gerechter eine Gesellschaft ist, desto sicherer und freier können ihre Bürger*innen leben. Dies zu garantieren erfordert die Gewährleistung von Rechtsstaatlichkeit und Demokratie sowie die Wahrung der unteilbaren Grund- und Menschenrechten. Das ist die Aufgabe der öffentlichen Hand.

In den vergangenen Jahren sind die Grünen in der Tiroler Landesregierung in finanziellen Angelegenheiten skandalfrei geblieben. Und das soll natürlich auch weiterhin so bleiben. Deshalb gehört der Kampf gegen Korruption und Misswirtschaft auch weiterhin zu unseren Steckenpferden. Unsere Ansprüche an die Transparenz in der Politik sind dabei höher als die so mancher anderer Parteien, und so soll das auch bleiben. Das politische Handeln und insbesondere wirtschaftliche Verflechtungen in Tirol sind allerdings immer noch nicht so transparent wie wir uns das wünschen.

Auch deshalb legen wir Grüne in diesem Bereich ein starkes Programm für die kommenden Jahre vor:

- 📶 Ein Tiroler Informationsfreiheitsgesetz wird bis Sommer 2019 geschaffen, welches das Recht auf Information über das bisherige Amtsgeheimnis stellt.
- ★ Das Wahlrecht soll allen Menschen zugänglich sein, die eine bestimmte Aufenthaltsdauer in Tirol vorweisen.
- Bürger*innenbeteiligung soll eine Selbstverständlichkeit in Tirol werden, vor allem in der Entscheidungsvorbereitung beispielsweise durch Bürger*innenräte.
- Der Zugang zu direktdemokratischen Mitteln soll durch verbesserte Information erleichtert werden.
- Rechtshilfefonds für Bürger*inneninitiativen.

- Bessere Einbindung der Bevölkerung bei der öffentlichen Begutachtung von Normen.
- 📶 Die Tiroler Landesverwaltung soll zum Vorzeigemodell für Digitalisierung werden, bei gleichzeitigem Bewusstsein für Angebote für jene Menschen, die die Digitalisierung vor große Schwierigkeiten stellt.
- 📶 Open Data: Ausbau der Online-Bereitstellung von Daten des Landes und Bewerbung der Möglichkeiten, diese Daten auch abzuholen und für sich nutzbar zu machen.
- 📶 Ausbau der Open Government Data durch die Landesverwaltung auch auf die Tiroler Gemeinden.
- 📶 Tirol soll zum Vorreiterland beim E-Government und bei der Nutzung von open-source-Programmen werden.
- 📶 Ausschreibungen des Landes Tirol und erteilte Zuschläge sollen auf der Homepage des Landes veröffentlicht werden.
- Öffentliche Ausschreibungen sollen um Nachhaltigkeitskriterien ergänzt werden.
- Das Bestbieterprinzip soll bei öffentlichen Ausschreibungen eine Selbstverständlichkeit sein, die Gewichtung soll stärker auf Qualität abstellen.
- Landesfonds sollen weiter in den Landeshaushalt eingegliedert werden, soweit keine steuerlichen oder sonstigen Nachteile dadurch entstehen.
- 📶 Regierungsbeschlüsse sollen online veröffentlicht werden.
- Der Landtag soll einen eigenständigen Legislativdienst erhalten.
- Minderheitenrechte in Gemeinderäten und im Landtag sollen gestärkt werden.
- Ein jährlicher Bericht über die Verwendung der Mittel des Gemeindeausgleichsfonds wird veröffentlicht.
- Gemeinden sollen verstärkt unterstützt werden, wenn sie sich für eine Gemeindezusammenlegung und enge Zusammenarbeit, beispielsweise durch gemeinsame Aufgabenerledigung wie gemeinsame Bauhöfe oder regionale Gewerbegebiete entscheiden.
- Planungsverbände sollen weiterentwickelt und transparenter werden.
- 📶 Gemeinderatsprotokolle und Einladungen zu Gemeinderatssitzungen sowie Ausschüssen sollen im Internet veröffentlicht werden müssen. Zudem soll mehr Transparenz für Gremien der Planungsverbände geschaffen werden.
- Ein Tiroler Medienförderungsgesetz schafft Transparenz, Gerechtigkeit und regionale Vielfalt.
- Ein Tiroler Fördertransparenzgesetz, welches seinen Namen verdient, soll geschaffen werden und alle öffentlichen Förderungen in nachvollziehbarer Weise enthalten.
- 📶 Parteifinzen und Finanzen von Vorfeldorganisationen sollen online offen gelegt werden.
- Festlegung von Wahlkampfkostenobergrenzen im gesamten Landesrecht (Landtags-, Gemeinderats- und Bürgermeisterwahlen), die auch Vorfeldorganisationen, Kandidat*innen und Personenkomitees umfassen.
- Die Transparenz für Nebeneinkommen politischer Mandatar*innen soll verbessert werden, Hamburger Transparenzgesetz als Vorbild.
- Transparenz bei öffentlichen Budgets wie Gemeindebudgets soll sichergestellt werden.
- Tag der Offenen Tür im Landhaus neu konzipieren.
- Maßnahmen zur Korruptionsprävention im öffentlichen Bereich werden verstärkt.

- Das Glücksspielgesetz soll in Tirol effektiver vollzogen werden. Das Verbot des kleinen Glücksspiels in Tirol soll aufrecht bleiben und effizient kontrolliert werden.
- Eine Übertragung polizeilicher Kompetenzen an die mobile Überwachungsgruppe (MÜG) findet nicht statt.
- Wir sprechen uns für ausreichende Polizeipräsenz im öffentlichen Raum aus, um das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung zu erhöhen. Die Polizei muss dafür mit ausreichend uniformiertem Personal ausgestattet werden.
- Sicherheitspolizeiliche Erkenntnisse über Extremismus, beispielsweise über Rechtsextremismus, sollen in das politische Handeln des Landes einfließen.

ARBEIT UND WIRTSCHAFT

Ein gutes Leben für alle Menschen in einer intakten Umwelt, als Ziel der Grünen benötigt eine starke wirtschaftliche Basis. Tirol war in den vergangenen Jahren wirtschaftlich erfolgreich: Die Anzahl der Beschäftigten steigt auf Rekordniveau, die Zahl der Menschen ohne Erwerbsarbeit sinkt und der Finanzhaushalt des Landes ist stabil. Dennoch sehen wir, dass immer noch zu viele Menschen angesichts der hohen Lebenshaltungskosten in Tirol und der zu niedrigen Löhne Monat für Monat zu kämpfen haben. Unser Ziel ist deshalb eine Stärkung der Einkommen der Menschen in Tirol, eine Entlastung der Lohneinkommen und ein größerer finanzieller Beitrag zu unserer Gesellschaft von jenen Reichen, die es sich leisten können; ebenso wie mehr Abgaben auf Ressourcenverbrauch und Naturnutzung in Tirol.

Der wirtschaftliche Erfolg soll bei allen Menschen, allen Geschlechtern, Altersgruppen und sozialen Schichten ankommen. Möglichst viele Menschen sollen mit dem eigenen Einkommen gut auskommen und wer darüber hinaus Unterstützung nötig hat, soll sie bekommen. Wir wollen Unternehmen dabei unterstützen, wirtschaftlich erfolgreich sein zu können; insbesondere in jenen Wirtschaftsbereichen, die keinen zusätzlichen Flächen- und Ressourcenverbrauch benötigen. Wir möchten deshalb insbesondere die Digital- und Kreativwirtschaft weiter ausbauen.

Was die öffentliche Hand selbst angeht, so sehen wir, dass es immer noch viele Ungerechtigkeiten gibt. Ob intransparente Bestellungsverfahren für Anstellungen oder zu niedrige Einstellungszahlen von Menschen mit Behinderungen und von Lehrlingen.

Wir möchten mehr Chancen schaffen und dafür sind Fairness und Transparenz wesentliche Voraussetzungen.

- Tirol soll die Einführung eines gesetzlichen Mindestlohns unterstützen; der Mindestlohn soll für alle gelten und man soll von ihm leben können.
- Gerechter Zugang zum Arbeitsmarkt: Benachteiligte Gruppen sollen in ihrem Arbeitsmarktzugang besonders gefördert werden.
- Verstärkte Förderung von Maßnahmen für altersgerechtes Arbeiten, Vereinbarkeit von Familie und Beruf und betrieblicher Gesundheitsförderung.
- Arbeitsmarktförderung für flexible Arbeitsmodelle für Menschen mit Suchterkrankungen.
- ★ Asylwerber*innen sollen sich selbst durch Arbeit erhalten dürfen; Voraussetzung dafür ist der Bartenstein-Erlass abzuschaffen.
- Ein Projekt für Green Jobs in Tirol soll einen neuen Turbo am Arbeitsplätzen bringen.
- ♥ Lehrlingsentschädigungen sollen angemessen hoch sein, damit Lehrstellen attraktiv für Lehrlinge und Lehrberechtigte gleichermaßen sind, vor allem im Tourismus.
- Drop-Out Quote von Lehrlingen reduzieren und gleichzeitige Förderung des Wiedereinstiegs im zweiten Bildungsweg.
- Menschen mit Behinderungen sollen in Beschäftigungen stehen, in denen sie voll versichert sind.

- Verbesserung der Situation von Forstarbeiter*innen in Tirol in Zusammenarbeit mit Gemeinden und Bundesforsten.
- Das Land Tirol soll eine Kampagne gegen Diskriminierungen am Arbeitsplatz durchführen.
- Bewerbungsverfahren im Landesdienst sollen anonymisiert erfolgen.
- Objektivierungsgesetz für die Einstellung von Menschen in den Landesdienst.
- Praktika in landeseigenen Betrieben und im Landesdienst sollen zumindest mit dem Mindestlohn entschädigt werden.
- Verwaltungspraktikant*innen des Landes sollen die Möglichkeit haben, an transparenten Übernahmeverfahren teilzunehmen.
- Das Land Tirol soll Vorreiter bei der Einstellung von Menschen mit Behinderungen und sonstigen marginalisierten Gruppen werden.
- 📶 Die Breitbandoffensive soll in jede Gemeinde getragen werden; der Wohnort soll kein ausschlaggebendes Kriterium für die Internetgeschwindigkeit sein. Tirol soll auf die modernste verfügbare Technologie für Lichtwellenleitungen, eine 100 Mbit Glasfaser- oder Mobilfunkanbindung, in der kommenden Legislaturperiode setzen.
- Die Landesunternehmen TIWAG und Hypo Tirol Bank sollen in Landeshand bleiben.
- Wirtschaftsförderung soll verstärkt an Sozialkriterien wie Umweltschutz, Frauenförderung oder die Einstellung von Menschen mit Behinderungen geknüpft werden.
- Impulsförderung für erstmalige Lehrlingsausbildung von Klein- und Mittelbetrieben.
- Sozialökonomische Betriebe sollen langfristig durch mehrjährige Verträge abgesichert werden.
- Förderung von gemeindeübergreifenden Betriebsstandorten.
- Zurücklegen des Gewerbescheins soll keine Voraussetzung bei Inanspruchnahme der Mindestsicherung sein.
- 🌱 Ressourcenverbrauch drastisch reduzieren: Unsere Wegwerf-Gesellschaft in eine Reparatur- und Wiederverwertungsgesellschaft umbauen.
- Verstärkte Produktion langlebiger Qualitätsprodukte.
- Kostenwahrheit: Der Preis für jedes Produkt muss die vollen ökologischen Kosten widerspiegeln.
- Tirol wird energieautark: 50 % weniger Energieverbrauch, 100 % erneuerbare Energie.
- Ökologisierung und Entschleunigung unseres Mobilitätsverhaltens.
- Förderung regionaler Wirtschaftskreisläufe: Umstellung unserer Ernährung auf regionale und saisonal verfügbare Angebote.
- Förderung von Initiativen die Nutzen statt Besitzen forcieren. Teilen und Reparieren statt Billigkauf und Wegwerfen.
- Förderung von Gemeinwohlbilanzen.

TOURISMUS

Wir Grüne möchten den Schwerpunkt der touristischen Entwicklung in den kommenden Jahren in Tirol auf den Fokus Nachhaltigkeit legen. Das betrifft die ökologische, soziale und auch ökonomische Nachhaltigkeit. Wir freuen uns über die steigenden Tourismuszahlen in Tirol und sehen gleichzeitig die Herausforderung, den touristischen Erfolg mit der Verträglichkeit für den Naturhaushalt zu verbinden, mit der Begeisterung der Mitarbeiter*innen im Tourismus und schlussendlich auch mit der Akzeptanz der einheimischen Bevölkerung.

Tirol ist ein starkes Land mit einem starken Tourismus und gerade deshalb braucht es auch starke Grüne. Wir wollen die Einzigartigkeit des Landes im Gebirge erhalten. Dafür braucht es auch starke Anstrengungen der Tourismuswirtschaft selbst, die im Energiebereich, im Bereich Mobilität und im Bereich der Digitalisierung große Herausforderungen vor sich hat. Wir möchten einen ehrlichen Tourismus anbieten können, der auf regionale, biologische und saisonale Produkte setzen kann. Die Verbindung von Landwirtschaft und Tourismus ist eine der großen Chancen, die sich für die Alpen bietet. Eine Chance wird daraus allerdings nur, wenn die Verbindung auch nachhaltig erfolgt.

Wir wollen in den kommenden Jahren auch touristische Innovationen unterstützen. Dafür müssen manche überkommene Strukturen und Denkweisen in der Tourismusbranche überwunden werden.

Deshalb wollen wir Grüne uns als Reformkraft einsetzen.

- Umsteuern auf nachhaltigen, sozial und ökologisch verträglichen Tiroler Tourismus.
- Ein Energieeffizienzpaket für den Tiroler Tourismus. Dieses Paket soll sowohl Anreise wie auch Heizung/Kühlung, Lüftung, Küche, Wärmepumpen, Abwärmenutzung und Wellness beinhalten. Auch solare Energiegewinnung für den Tourismus bei Wärme und Strom soll im Mittelpunkt stehen. Für den Tourismus soll es dabei sowohl Beratungsinitiativen wie auch unterstützte Wirtschaftlichkeitsberechnungen geben.
- CO²-arme Anreise zu Tourismusdestinationen soll forciert werden. Dazu gehört auch die Führung von Direktreiseverkehr und Charterzügen aus den Herkunftsgebieten der Gäste oder das Angebot von Carsharing vor Ort, ebenso wie das Gepäcksmanagement. Eine besondere Herausforderung stellt die komfortable Überwindung der letzten Kilometer dar.
- Ein bestimmter Anteil des Budgets der Tourismusverbände und des Landesbudgets für touristische Projekte soll gesetzlich fixiert in Projekte des nachhaltigen Tourismus fließen. Das bisherige Infrastrukturförderprogramm im Tourismus des Landes wird evaluiert und soll in Richtung Nachhaltigkeit touristischer Projekte umgestaltet werden.
- Einige kleinere Tourismusverbände sollen zusammengelegt werden wo Optimierungspotential vorhanden ist.
- Das Wahlrecht der Tourismusverbände soll transparent und demokratisch werden.
- Tourismusverbände sollen zur finanziellen Beteiligung und gemeinsamen Bestellung beim regionalen öffentlichen Verkehr verpflichtet werden.

- 📶 Bessere Förderung für Online-Vermarktung, insbesondere kleinerer Vermieter*innen und sonstiger kleinerer touristischer Angebote, zB Digitalisierungsberatung.
- ♥ Verbesserung des jugendgerechten Beherbergungsangebots in Tirol.
- Tirol soll Vorreiterland für barrierefreien Tourismus werden.
- Sicherung der Tiroler Schutzhütten und Unterstützung bei Sanierungsmaßnahmen bestehender Hütten. Die Verwendung erneuerbarer Energie ist dabei Standard.
- Die finanzielle Unterstützung für den Erhalt von Hütten und Wegen soll ausgebaut werden.
- Die touristische Entwicklung von Skitouren mit Fokus auf bessere Wertschöpfung mit Rücksicht auf den Natur- und Wildtierschutz soll verstärkt werden.
- Klettern passt zu Tirol als Land im Gebirge, und dieser gesunde Boom soll nachhaltig abgesichert werden. Die Weiterentwicklung von Climbers Paradise als Konzept für ganz Tirol soll vorangetrieben werden. Dem Kletterboom soll in infrastruktureller Hinsicht sowohl im Indoorbereich wie auch im Felsklettern nachgekommen werden. Es handelt sich um ein Angebot für Einheimische und Gäste gleichermaßen. Neben der Förderung der Infrastruktur soll auch die Information über bestehende Möglichkeiten, beispielsweise durch die Förderung von Publikationen verbessert werden.
- Praxisgerechte Anpassungen des Berufsbildes Sportkletterlehrer sollen evaluiert werden.
- Das freie Wegerecht im alpine Ödland wird gesetzlich sichergestellt. Lenkung von Besucher*innenströmen zu Naturschutzzwecken soll insbesondere mit Aufklärung und Information erfolgen.
- Besucher*innenlenkung im Tiroler Naturraum verbessern.
- Die Tirol Werbung soll in Kooperation mit bestehenden Einrichtungen einen besonderen Schwerpunkt auf die Vermarktung der Naturparks legen.
- Verbesserung der Arbeitsplätze im Tourismus: Modelle der betrieblichen Kinderbetreuung insbesondere im Tourismus sollen verstärkt unterstützt werden.

LAND- UND FORSTWIRTSCHAFT

Die kleinstrukturierte, bäuerliche Landwirtschaft im Alpenraum ist aufgrund ihrer nachhaltigen Produktionsweise Abbild einzigartigen Wirtschaftens in unserer Lebenswelt. Diese kleinteilige Kulturlandwirtschaft macht einen wesentlichen Teil des Charakters der Tiroler Landschaft aus und nachhaltig produzierte Produkte können einen direkten Zugang zum Leben in Tirol vermitteln.

Wir wünschen uns eine Landwirtschaft, von der die Produzent*innen gut leben können. Wir wünschen uns eine Landwirtschaft, auf die die Konsument*innen vertrauen können. Wir wünschen uns eine Landwirtschaft, die mit der Umwelt Hand in Hand geht und sich als Partnerin der Biodiversität versteht. Darüber hinaus spielt die Land- und Forstwirtschaft eine wesentliche Rolle bei der Bekämpfung von bedrohlichen Naturereignissen und bei der Bekämpfung des Klimawandels. Etwa indem Wald, Wiese und Alm als ökologische Funktionsträger der Erosion Einhalt gebieten, als Trinkwasserreservoir fungieren, durch Humusaufbau Kohlenstoff speichern, Naturschutz und Artenvielfalt Raum geben und Einheimischen und Gästen als Erholungsgebiet dienen. Durch die Einbettung der Landwirtschaft in den Weltmarkt steht jedoch auch die Berglandwirtschaft mit ihrer aufwändigen Bewirtschaftungsweise besonders unter Druck.

In den vergangenen Jahren war die bäuerliche Diskussion häufig von Fragen wie jener der Gemeindegutsagrargemeinschaften blockiert. In der vergangenen Legislaturperiode wurde gesetzlich sichergestellt, dass die Substanzerträge den Gemeinden und ihren Bürger*innen zukommen, denen sie historisch immer schon gehört haben, während die Nutzungsrechte für landwirtschaftliche Zwecke bei den Stammsitzliegenschaften verbleiben. Viele weitere Fragen, etwa zur zukunftsfähigen Bewirtschaftung von Almen und Teilwäldern bedürfen jedoch noch einer Lösung. Almwirtschaft kann nicht nur im Ausbau verwechselbarer Jausenstationen mit breiten Güterwegen bestehen, sondern soll gerade Einzigartigkeit und Eigenart bewahren und entwickeln helfen.

Im europäischen Lebensmittelmarkt steht die Berglandwirtschaft unter besonderem Druck. Wir Grüne möchten dazu beitragen, die Besonderheiten der alpinen Berglandwirtschaft von Benachteiligungen zu echten Vorteilen umzukehren. Wir wissen um die Schwierigkeiten der Landwirtschaft in Tirol. Wir wollen dabei unterstützen, die Herausforderungen der kommenden Jahre zu meistern: von der Billigkonkurrenz über die Digitalisierung bis zur Modernisierung der Tierhaltung hin zu einem artgerechten und tierfreundlichen Umgang. Wir sehen auch die Schwierigkeiten junger Menschen beim Einstieg in die Landwirtschaft, der beinahe nur über Erbschaften möglich ist. Unser großes Ziel jedenfalls ist: Der Anteil der biologischen Landwirtschaft in Tirol soll ausgebaut und entsprechend die Fördermittel umgelenkt werden; aber auch durch klare Kennzeichnung von Herkunft und Produktionsbedingungen. Tirol soll ein land- und forstwirtschaftliches Vorzeigeland werden! Vieles was notwendig ist, ist bereits mit Biostandards abgedeckt und muss nicht neu erfunden werden.

Um ein nachhaltiges Miteinander zu gewährleisten, fordern wir im Bereich der Land- und Forstwirtschaft:

- 🌱 Wir sprechen uns für eine umfassende gesetzliche Verpflichtung und Umsetzung der Verpflichtung zur Kennzeichnung von Lebensmitteln im Sinne der Konsument*innen aus. Davon sollen sowohl die Herkunft wie auch die Inhaltsstoffe und ebenso die Herstellung umfasst sein. Am besten bio, regional und saisonal und für den Menschen gesund – darüber sollen die Konsument*innen selbst entscheiden können.
- 🌱 Konsument*innen haben einen Anspruch auf Lebensmittelsicherheit und ein Recht auf rückstandsfreie Lebensmittel. Dieses langfristige Ziel verfolgen wir und wissen um die Schwierigkeiten dabei, die beispielsweise durch Abdrift von benachbarten Grundstücken oder Gemeinden entstehen.
- Glyphosatverbot in Tirol, weitgehender Verzicht auf Pestizide. Konsument*innen haben einen Anspruch darauf zu wissen, welche Mittel in der Produktion eingesetzt wurden. Rückstandskontrollen müssen verschärft werden.
- 🐾 Zu viel Gift auf Äckern und Wiesen: Eine landesweite Förderaktion „Bienenweiden“ soll durchgeführt werden, Blühstreifen sollen landesweit verpflichtend entstehen. Die Entwicklung in Tirol soll weg von Monokulturen hin zur Vielfalt gehen. Wichtige Aktionen wie „Natur im Garten“ sollen verstärkt unterstützt werden.
- 🐾 Der CO²-Fußabdruck, der sowohl Produktion inklusive Betriebsmittel wie auch Transport berücksichtigt, soll sowohl bei Produzent*innen wie auch bei Konsument*innen stärkere Berücksichtigung erfahren. Das kann beispielsweise durch die Reduktion übermäßigen Fleischkonsums geschehen, ebenso wie durch eine Ökologisierung von Produktionsbedingungen in der Landwirtschaft.
- Investitionsförderungen sollen vorrangig in Umbauten und Modernisierungen fließen und weniger in die Steigerung der Produktion. Auch kleinere Investitionen sollen förderfähig werden.
- Erhalt der kleinstrukturierten, bäuerlichen, multifunktionalen Landwirtschaft. Gleichzeitig Entwicklung von konkreten Indikatoren zur Ökologisierung der Landwirtschaft in den kommenden Jahren.
- Unterstützung und Wiederaufbau von kleinen Strukturen in der Weiterverarbeitung insbesondere von Bio-Sennereien oder gemeinschaftlich genutzten Metzgereien durch ein klares Investitions-Fördersystem. Milch ist mehr als ein beliebig austauschbarer Rohstoff und unsere Bäuer*innen sind mehr als Rohstofflieferant*innen der Milchwirtschaft ohne Einfluss als letztes Glied der Wertschöpfungskette.
- Nicht nur das Endprodukt der Landwirtschaft soll nachhaltig und aus der Region stammen; das gilt bereits auch für Betriebsmittel, wie es beispielsweise Futtermittel sind.
- Für Maßnahmen zum Bodenschutz und Humusaufbau soll es ein Gütesiegel geben.
- Besonderer Schutz für die Tiroler Bergmähder als Kulturlandschaften.
- Erhalt und Förderung von Biodiversität.
- Nachhaltige und regionale Lebensmittelkooperativen sollen unterstützt werden. Diese Form der Lebensmittelversorgung steht für Eigenverantwortung, kurze Transportwege und Müllreduktion.
- Regionale Vermarktung und neue Genossenschaften sollen gefördert werden.

- Gemeinschaftliche Bewirtschaftung von Bauernmärkten in Tirol.
- Faire Preisgestaltung ist ein Schlüssel zu einer dauerhaft abgesicherten kleinstrukturierten Landwirtschaft in Tirol.
- Bewusstseinsarbeit gegen Verpackungswahn.
- Bäuerliche Nischen stärken. Vorbilder wie der Anbau alter Getreidesorten, alter Obstsorten oder ähnliche Initiativen sollen weiter ausgebaut werden, die Haltung regionaler, seltener Tierrassen unterstützt werden.
- Unterstützung alter Obst- und Gemüsesorten in Tirol.
- 🐾 Rauhußhühner wie Auerhahn, Birkhahn und Schneehuhn verdienen einen besonderen Schutz.
- Die Ausbeutung von Erntehelfer*innen und Forstarbeiter*innen muss ein Ende haben. Das Land Tirol soll in Zusammenarbeit mit den Gemeinden und der Land- und Forstwirtschaft Initiativen für faire Bezahlung und sichere Arbeitsplätze setzen.
- 🐾 Herdenschutzprogramme mit der Landwirtschaftskammer neu aufsetzen und durchführen. Die Rückkehr der großen Beutegreifer muss sachlich diskutiert und Strategien müssen gemeinschaftlich erarbeitet werden, beispielsweise Unterstützung zusätzlichen Arbeitsaufwandes und schnelle, unbürokratische Entschädigungszahlungen.
- 🐾 Schlachtbedingungen für Tiere möglichst stress- und angstfrei gestalten, im Interesse von Tieren und Konsument*innen; Transportwege möglichst kurz halten.
- 🐾 Regionale, gemeinschaftlich nutzbare Schlachträume sollen gefördert werden.
- 🐾 Lebendtiertransporte haben in den vergangenen Jahren hohe Steigerungsraten erfahren. Wir Grüne wollen Lebendtiertransporte reduzieren und dort wo sie stattfinden strengen Kontrollen des Tierwohls unterwerfen.
- 🐾 Unabhängige Kontrolle mit dem Ziel artgerechter Tierhaltung.
- Wir unterstützen Bäuerinnen und Bauern dabei, die anspruchsvolleren Kriterien von Bio Austria zu erfüllen und nicht nur jene von EU Bio.
- Der Biokontrollkostenzuschuss des Landes soll beibehalten und im Idealfall ausgebaut werden.
- Öffentliche Küchen und regionale Landwirtschaft sollen zusammenarbeiten.
- ♥ Die Zusammenarbeit von Schulen und Landwirtschaft soll gestärkt werden.
- ♥ Das landwirtschaftliche Schulwesen soll in Tirol dazu beitragen, die biologische Wirtschaftsweise zum Leitbild bäuerlichen Wirtschaftens zu machen und gewichtet ihren Lehrplan entsprechend. Die landwirtschaftlichen Lehranstalten selbst sollen biologisch wirtschaften.
- ♥ Die Ausbildung an Landwirtschaftsschulen soll auch alternative Betriebskonzepte und biologische Landwirtschaft umfassen.
- 🐾 Die großräumige Mahd von Banketten und Straßenböschungen durch Straßenmeistereien soll hinterfragt werden. Es handelt sich um wertvolle Lebensräume für Insektenlarven und Kleintiere. Wo die Sicherheit nicht gefährdet ist, soll keine „Unkrautbekämpfung“ stattfinden.
- Die Zusammenlegung von Teilwäldern zur gemeinsamen Bewirtschaftung soll forciert werden.
- Wegebauten in der Forstwirtschaft sollen auf das notwendige Ausmaß reduziert werden.
- Die Landesjagd Pitztal soll von der öffentlichen Hand abgegeben werden.

- 🐾 Die Verwendung bleifreier Munition in der Jagd wird gesetzlich verankert. Bleifreiheit in der Jagd steht im besonderen Interesse der großen Aasfresser wie dem Adler.
- 🐾 Die Möglichkeit der Verwendung von Schalldämpfern in der Jagd wird zugelassen. Dies ist im Interesse des Tierschutzes, weil dadurch weniger Beunruhigung entsteht. Dies dient auch der Gesundheit der Berufsjäger*innen.
- Wir wollen den Anteil biogenen Abfalls im Müll reduzieren; Lebensmittel sind wertvoll und sollen nicht im Müll landen! Hier liegt eine Verantwortung bei den Endkund*innen, ebenso wie in der Gastronomie und beim Einzelhandel, wenn es beispielsweise um Packungsgrößen geht.
- Wir treten für ein gentechnikfreies Tirol ein.
- Osttirol soll ein Musterbezirk als Bioregion werden.

GLEICHSTELLUNG

Jeder Mensch ist frei und gleich an Rechten und Würde geboren. Nach diesem Grundsatz arbeiten wir daran, dass niemand in unserer Gesellschaft schlechter gestellt ist als jemand anderer. Die freie Entfaltung aller Menschen in einer Gesellschaft ist für uns wichtig. Dafür müssen bestehende Ungleichheiten abgebaut und Chancengerechtigkeit hergestellt werden.

In den vergangenen Jahren konnten bereits wichtige Projekte umgesetzt werden. So konnte endlich der Spatenstich für das neue Frauenhaus gesetzt werden. Die Grünen haben den Anteil von Frauen in Entscheidungsgremien überall wo möglich erhöht. Die Gewaltprävention hat erstmals eine eigene Budgetzeile erhalten.

Einzelne Gesetze wurden mit einem generischen Femininum geschrieben, in vielen Normen konnten Frauen und Männer gleichermaßen bewusst angesprochen werden. Bis zur Gleichstellung aller Menschen in Tirol, insbesondere auch bis zur Überwindung der strukturellen Benachteiligung von Frauen ist es allerdings noch ein weiter Weg. Die Lohnschiere klafft immer noch viel zu weit auseinander und Frauen haben noch immer nicht die eigenständige wirtschaftliche Absicherung im Leben, die selbständige Entscheidungen ermöglicht. Außerdem ist die Sichtbarkeit von Frauen und ihren Leistungen in unserer Gesellschaft noch nicht dort, wo sie sein sollte.

In den kommenden Jahren wollen wir Schwerpunkte für die Gleichstellung besonders in den folgenden Bereichen setzen:

- Wir lehnen die Unterdrückung von Frauen in unserer Gesellschaft und jeder Religion ab. Wir wollen Frauen in ihrer Selbstbestimmung stärken und sie dabei begleiten, sich aus Abhängigkeiten zu befreien.
- 50%-Quote von Frauen in Aufsichtsräten und Beiräten des Landes.
- Gender-Budgeting und Gender-Mainstreaming sollen gute öffentliche Praxis werden. Schulungen für Gemeindemitarbeiter*innen und Gemeindefunktionär*innen sollen verstärkt angeboten werden.
- Wirtschaftsförderung an das Vorliegen von Frauenförderplänen binden.
- Das Land Tirol soll Vorreiterin dabei werden, Fördermaßnahmen auf ihre Auswirkungen auf alle Geschlechter zu prüfen.
- Parteienförderung soll die Erhöhung des Frauenanteils in öffentlichen Gremien belohnen.
- Geschlechtergerechter Sprachgebrauch in öffentlichen Normen ist für uns Standard.
- Ausbau der Gewaltschutzprojekte in Tirol. Dieser Ausbau hat viele Facetten: So sollte beispielsweise in jedem Verein, der mit Kindern arbeitet ein Kinderschutzbeauftragter / eine Kinderschutzbeauftragte zukünftig selbstverständlich sein.
- Programme zur Gewaltprävention werden verdreifacht.
- Autonome Fraueneinrichtungen sollen finanziell durch mehrjährige Verträge abgesichert werden.
- Das Tiroler Antidiskriminierungsgesetz soll LGBTI-Rechte auch außerhalb des Arbeitsplatzes schützen.

- Aktive Antidiskriminierung für Lesben, Schwule, Bisexuelle und TransX-Personen. Die aktive Suche nach juristischer Ungleichbehandlung, beispielsweise von eingetragenen Partnerschaften gehört zur Vorbildwirkung des Landes Tirol.
- Sexarbeit soll in Tirol legalisiert werden, unter anderem auch in Form von Sexualassistenten für Menschen mit Behinderungen und auch in Form eines legalen Angebots an Straßenstrich und selbständiger Wohnungsprostitution.
- Ausbau der Beratungsstelle für Sexarbeiter*innen.
- Die Männerberatung soll ausgebaut werden.
- ♥ Mädchenarbeit – insbesondere im Bereich Radikalisierung / Deradikalisierung – muss nachhaltig sichergestellt werden.
- Vom Land Tirol werden nur so viele Männer mittels Ehrungen ausgezeichnet wie auch Frauen Auszeichnungen erhalten.

BILDUNG, SPORT UND FREIZEIT

Bildung ist ein wesentlicher Faktor zum Erfolg einer Gesellschaft. In einer Gesellschaft, die von derart rasanten Umbrüchen geprägt ist, wie wir sie derzeit im Rahmen der Digitalisierung erleben, gilt das umso mehr. Wir Grüne wünschen uns ein Bildungssystem, welches niemanden zurücklässt. Es ist Aufgabe des Bildungssystems, sich an die einzelnen Bedürfnisse so anzupassen, dass alle mitkönnen und gefördert und gefordert werden. Wir wünschen uns ein inklusives Bildungssystem, welches auf spezielle Bedürfnisse wie körperliche oder psychische Beeinträchtigungen individuell eingehen kann und das Beste aus jeder und jedem Bildungsinteressierten herausholt. Wir wollen weg von der Defizitorientierung hin zu einem Zugang, der mit vorhandenen Stärken arbeitet und Schwächen zu überwinden hilft. Ein Bildungssystem soll jeweils dort ansetzen, wo es gerade notwendig ist. Das kann von Basis-Deutschkursen beginnen und bis zu Spitzenforschung und -lehre gehen. Wir wünschen uns ein Bildungssystem, in dem sich alle wohl fühlen: Schüler*innen, Lehrlinge, Studierende ebenso wie Lehrer*innen oder Eltern. Ein Bildungssystem, welches gesellschaftliche Notwendigkeiten aufgreift, braucht auch entsprechende Ressourcen, damit alle mit Freude arbeiten können. Das beginnt schon bei der Elementarbildung und der Kinderbetreuung, die die nötigen Voraussetzungen dafür brauchen, flächendeckende, qualitativ hochwertige und leistbare Angebote zu jenen Zeiten legen zu können, wo sie gebraucht werden.

Wir bekennen uns zur Durchlässigkeit des Bildungssystems: die Lebensläufe der Menschen werden individueller und darauf muss auch ein Bildungssystem lebenslang eingehen.

Viele Tirolerinnen und Tiroler sind besonders sportbegeistert. Das führt zu längerer gesunder Lebenserwartung. Die Politik soll diese Begeisterung unterstützen. Wir wünschen uns eine öffentliche Sportpolitik, die besonders auf naturverbundene Sportmöglichkeiten setzt: in gegenseitiger Rücksichtnahme und mit Rücksicht auf die Natur ist die Sportbegeisterung ein großes Kapital, beispielsweise was Mountainbiken, Klettern oder verschiedenste Individual- und Gruppensportarten angeht. Sport hat eine Inklusionswirkung in der Gesellschaft, die wir nützen können. Und er kann dazu beitragen, die Besonderheiten und Eigenarten Tirols mit Begeisterung zu bewahren, wenn wir beispielsweise sehen mit welcher Freude viele Menschen die Tiroler Natur und die Tiroler Berge genießen.

Um mehr Chancengerechtigkeit sicher zu stellen, fordern wir:

- ★ Bildungspolitik muss auf Chancen und Talente aller Menschen jeder Herkunft und jeden Alters abzielen. Nachholende Abschlüsse sollen kostenlos sein.
- Ein gesetzlicher Anspruch auf einen ganzjährigen und ganztägigen Kinderbetreuungsplatz soll umgesetzt werden.
- ♥ Die UN-Kinderrechtskonvention soll im Tiroler Landesrecht umgesetzt werden.
- Inklusion ist eine Aufgabe des Bildungsträgers, egal ob Kindergarten oder Schule. Der Träger muss die entsprechenden Ressourcen zur Verfügung stellen, weg vom

Prinzip des Individualantrags. Schulassistenz soll im Tiroler Schulorganisationsgesetz geregelt werden.

- Umsetzung der Modellregion Innsbruck auf dem Weg zu einer gemeinsamen Schule in Tirol.
- Im südöstlichen Mittelgebirge soll eine neue Mittelschule errichtet werden.
- 🐾 Umweltbildung soll an den Tiroler Schulen verstärkt werden, neben der klassischen ökologisch orientierten Umweltbildung unter anderem auch zum Thema Tierschutz und Tierrechte.
- Ausbau der Schulsozialarbeit flächendeckend in Tirol.
- Das Schulsportangebot soll bis zur täglichen Turnstunde ausgebaut werden.
- Es soll Aufgabe von Schulen und Kindergärten sein, ihre Angebote so auszugestalten dass alle Kinder daran teilnehmen können, beispielsweise durch Schulassistenz, wenn nötig.
- Integration und Förderung alternativer Schulprogramme und freier Schulen
- ★ Förderung von mehr- und muttersprachlicher Bildung zusätzlich zur deutschsprachigen Bildung.
- Politische Bildung soll in den Tiroler Schulen auf verschiedenen Schulstufen mit angepassten Niveaus Standard sein und auch in außerschulischen Angeboten, wie beispielsweise in der Erwachsenenbildung ein Angebot der öffentlichen Hand darstellen.
- Gesunde Jause auf alle Schulen ausdehnen: Gratis-Schulobstprogramm für alle Schulen.
- Wir wollen eine faire Bezahlung für Pädagog*innen, wobei Nachholbedarf insbesondere bei Elementarpädagog*innen besteht.
- Freistellung von Kindergartenleiter*innen bei mehreren Gruppen analog zu Pflichtschulleiter*innen.
- In jeder Gemeinde bzw. dem räumlichen Nahfeld soll mindestens eine Kinderbetreuungseinrichtung auch im Sommer geöffnet sein.
- Kostenlose Sprachlernangebote, Schwimmkurse etc. des Landes in den Sommerferien für Schüler*innen.
- Kinderbetreuung auch im Sommer und am Wochenende anbieten.
- Tageseltern mit Nachmittagsbetreuung gleichstellen und damit finanzielle Hürden absenken.
- Im Bedarfsfall Kindergärten über Nacht geöffnet halten, gerade an Betriebsstandorten mit Nachtschichten.
- Betriebskindergärten verstärkt fördern.
- Verpflichtende Ausgleichsabgaben für Wohnbauträger, wenn diese keine Spielplätze errichten, wie vom Gesetz vorgesehen.
- Das Interesse von Mädchen für technikaffine Berufe soll befördert werden.
- Flexible Lehrlingsausbildung, gerade auch für Selbständige, muss möglich sein.
- Lehrberufe sollen auch im zweiten Bildungsweg leichter zur Verfügung stehen und beispielsweise auch Erwachsenen offen stehen.
- Meisterprüfungen sollen kostenfrei werden.
- Land und Landesunternehmen sollen sich besonders darum bemühen, qualifizierte Lehrstellen in größerem Ausmaß zu bieten.
- Aufhebung des Höchstalters von 24 Jahren im Familienlastenausgleichsfonds des

Bundes als Voraussetzung für ein Lehrlingsticket beim Verkehrsverbund Tirol. Dieses Ticket soll von der tatsächlichen Lehrlingseigenschaft abhängen und damit dem Trend zu späteren Lehren Rechnung tragen.

- Ausbau der Erwachsenenbildung und Möglichkeiten zum Nachholen von Schulabschlüssen.
- 📶 Betreuungs- und Schulungsmöglichkeiten zur Verkleinerung des Digital Divides schaffen.
- Keine Errichtung neuer Privatuniversitäten des Landes mit öffentlichen Mitteln.
- Keine Eröffnung neuer Standorte für Hochschulstudien in Tirol ohne Evaluierung, sondern Konzentration auf die bestehenden Standorte. Wissenschaftsbetrieb hat das Vorhandensein einer wissenschaftlichen Community am Standort als eine Voraussetzung für erfolgreiches Arbeiten.
- 📶 Ausbau von Informatikstudien für Digitalisierungsberufe an Tiroler Fachhochschulen.
- 📶 Open access für öffentlich geförderte Wissenschaftsprojekte.
- ★ Deutschkurse sollen für alle Interessierten jederzeit und kostenlos angeboten werden.
- Gleichstellungs- und Inklusionsmaßnahmen in allen geförderten Sportbereichen, sowohl im Breiten- wie auch im Spitzensport sind für uns selbstverständlich.
- Sportveranstaltungen sollen nach Nachhaltigkeitskriterien organisiert werden.
- Öffentliche Räume sollen als konsumzwangfreie Zonen zur Verfügung stehen.
- ★ Ein Bergsportprogramm, welches sich insbesondere an Migrant*innen und sozial Benachteiligte in Tirol richtet, soll gestartet werden.
- Outdoor Gyms und Multisportanlagen in Siedlungsnähe erfreuen sich neuer Beliebtheit. Das Land Tirol soll diesem Boom Rechnung tragen und die Errichtung dieser Sportanlagen, die dem individuellen und organisierten Sport offen stehen, unterstützen.
- Eine Verbesserung der Infrastruktur an ganzjährig nutzbaren Kunstrasenplätzen wird angestrebt, die Anlage für American Football in Innsbruck soll umgesetzt werden.
- In ungenutzten Zeiten sollen öffentlich finanzierte Sportanlagen der Öffentlichkeit nach Möglichkeit zur Verfügung stehen.
- Aufbauend auf dem Tiroler Mountainbike-Modell sollen ähnliche Modelle für Rodeln und Singletrails geschaffen werden.

GESUNDHEIT

Die individuelle Gesundheit ist eines unserer höchsten Güter. Deshalb bewegt Gesundheitspolitik im Spannungsfeld zwischen öffentlicher Gesundheitspolitik und individueller Gesundheit die Gemüter. Wir Grüne wünschen uns die bestmögliche Gesundheitsversorgung für jede und jeden einzelne/n. Das hat natürlich Folgen für die öffentliche Gesundheitspolitik. Hier muss es beispielsweise darum gehen, im Rahmen der Gendermedizin unterschiedliche Ansprüche von Frauen und Männern zu berücksichtigen. Wir müssen verschiedene Ansprüche der Versorgung in Ballungszentren und am Land berücksichtigen. Wir müssen die vielen Ehrenamtlichen und auch die Professionist*innen berücksichtigen. Wir wollen das Patientenwohl und die Angehörigen beachten, die Würde und Selbstbestimmung jedes einzelnen Menschen, der sich in Behandlung befindet. Und wir müssen auch Grenzen erkennen, die der medizinischen Versorgung und der medizinischen Kunst gesetzt sind.

Bei allen unseren Ansprüchen möchten wir gleichzeitig menschlich bleiben, weil wir wissen dass Fragen der Gesundheit im wahrsten Sinne des Wortes ans Innerste gehen. Wir möchten die Selbstbestimmung respektieren bis hin zur Selbstbestimmung über das eigene Sterben. Wir möchten Schmerzen und Ängste nehmen und gleichzeitig nicht in die Falle tappen, Menschen nur noch krankheitsorientiert zu betrachten.

Damit der Mensch auch im Bereich der Gesundheit im Mittelpunkt steht, fordern wir:

- ☺ Unser Gesundheitssystem ist immer noch stark auf die Heilung von Krankheit, statt auf den Erhalt der Gesundheit ausgelegt. Menschen, die medizinische Hilfe benötigen, sollen diese schnellstmöglich erhalten, wobei es unser Ziel ist, die größtmögliche Anzahl von Menschen vor Krankheit zu schützen. Ziele sind daher die praktische Sensibilisierung der Menschen bei gleichzeitiger Schaffung gesundheitsförderlicher und -erhaltender Rahmenbedingungen seitens der Politik.
- Informationen zu Gesundheitsangeboten verbessern und für verschiedene Gruppen aufbereiten.
- Schwangerschaftsabbrüche auf Wunsch der betroffenen Frauen sollen in Tirol versicherungsfinanziert und in öffentlichen Einrichtungen möglich sein, darunter auch in einem eigenen Frauengesundheitszentrum. Abbrüche müssen niederschwellig und gratis zugänglich sein. Unser Ziel ist es, dass es möglichst wenige Schwangerschaftsabbrüche gibt: Prävention und Aufklärung sollen ungewollte Schwangerschaften verhindern. Bei ungewollten Schwangerschaften soll es ausreichende Angebote an Unterstützung und Beratung geben; die Möglichkeiten der Freigabe zur Adoption sollen ausgenutzt werden können, wenn diese Alternative passend ist.
- Gratis Verhütungsmittel und Prävention von ungewollten Schwangerschaften sind ebenso wichtig wie der einfache Zugang zur Pille danach im Bedarfsfall.
- Insbesondere bei Gruppen suchtkranker Menschen sollte ein Präventionsprojekt gestartet werden, damit es möglichst nur dann zu Schwangerschaften kommt, wenn diese tatsächlich gewünscht sind.

- Menschen sind mehr als ihre psychische Belastung und sollen nicht auf diese reduziert werden. Daher soll auf die Enttabuisierung von psychischen Krankheiten und die Versorgung für Menschen, die unter ihnen leiden, forciert werden. Konkrete Schritte sind breite Aufklärung und Psychotherapie auf Krankenschein.
- Biologisches, regionales und saisonales Essen in den öffentlichen Einrichtungen in Tirol ist für uns selbstverständlich und trägt zum Erhalt der Gesundheit bei. Vegetarische Alternativen gehören dazu, aus Gesundheitsgründen ebenso wie aus Gründen der nachhaltigen und umweltschonenden Produktion.
- ★ Ein besonderes Augenmerk auf interkulturelle und sprachliche Notwendigkeiten im Gesundheitswesen soll entwickelt werden, zum Beispiel Videodolmetsch auch im niedergelassenen Bereich.
- Die Teilung von Kassenstellen soll verstärkt unterstützt werden.
- Regionale Primärversorgungszentren (PVEs) sollen ermöglicht werden und die landärztliche Versorgung verbessern.
- Einheitliche, nachvollziehbare und transparente Entlohnung für die wichtigen Pflegeberufe nach Art der Tätigkeit. Ziel dabei ist es, Menschen länger eine gesunde Tätigkeit in den Pflegeberufen zu ermöglichen.
- Tagsätze in allen Pflegeeinrichtungen werden vereinheitlicht.
- Zusätzliche Plätze in der Kurz- und Übergangspflege sollen geschaffen werden.
- Ausbildung zusätzlicher Pflegekräfte in Tirol und eine Stärkung des Pflegeberufes.
- Übergangspflegeeinrichtungen umsetzen (Zwischenstation zwischen Krankenhaus und häuslicher Pflege), Case and Care Management wird ausgebaut. Die regionale Vernetzung der verschiedenen Einrichtungen, vom Sozial- und Gesundheitssprengel über Ärzt*innen, Demenzberatungen, Freiwilligendienste und noch viele mehr sollte im Case and Care Management eine besondere Rolle spielen. Das Ziel ist ein individueller Betreuungspfad in den Sozial- und Gesundheitseinrichtungen für jede*n einzelnen. Dazu gehört auch, sich besonders um pflegende Angehörige zu kümmern. Hier braucht es spezielle Schulungs-, Betreuungs- und Entlastungsangebote oder beispielsweise auch Angebote der Tagespflege oder Möglichkeiten, Auszeiten von der Pflege zu nehmen.
- Zusätzliche Plätze für betreutes Wohnen für Menschen mit Demenzerkrankungen.
- Alternative Wohnformen im Alter und für pflegebedürftige Menschen sollten ausgebaut werden, beispielsweise betreutes Wohnen, Senior*innen-Wohngemeinschaft oder Mehrgenerationenwohnen.
- Keine Einrichtung einer eigenständigen Medical School sondern Einrichtung der notwendigen medizinischen Ausbildungsplätze in Zusammenarbeit mit der MedUni Innsbruck.
- Einrichtung niederschwelliger Gesundheitsräume für junge Suchtabhängige.
- Ausbau von Wohnformen für polytoxikomane wohnungslose Jugendliche.
- Drogenpräventions- und -bewusstseinsprojekte wie „Check it“ an Jugendbegegnungsorten ausbauen.
- Gesetzliche Regelung des Bergrettungsdienstes in Tirol.

KUNST UND KULTUR

Kunst und Kultur sind Lebenselixier für viele Menschen. Wir Grüne wünschen uns, dass Tirol mutige kulturpolitische Schritte setzt, um dieses Lebenselixier für möglichst viele Menschen auch lebbar zu machen. Wir sehen heute, dass große Teile der Bevölkerung von vielen kulturellen Angeboten ausgeschlossen sind oder dass Gleichgültigkeit und Ignoranz herrschen. Die zunehmende Individualisierung der Gesellschaft führt beinahe dazu, dass große gesellschaftliche Debatten, in denen die Kultur eine wichtige Rolle hat, kaum noch gemeinsam geführt werden. Wir Grüne wollen in den kommenden Jahren den gesellschaftlichen Diskurs wieder beleben und die Kultur ist ein wesentlicher Teil dieses Diskurses.

In der Kulturpolitik sehen wir, wie viele unterschiedliche politische Handlungsfelder ineinander fließen. Fragen der finanziellen Absicherung vermischen sich mit sozialen Fragen. Fragen einer selbstbestimmten Gestaltung von Arbeit und freier Zeit, und schlussendlich auch die Frage, wie in einer Gesellschaft Kreativität und Individualität ausgedrückt werden können und sich in Beziehung zu einer Gesellschaft setzen. Wir brauchen die kritischen Anregungen aus Kunst und Kultur für die Weiterentwicklung unserer Gesellschaft. Gerade die Auseinandersetzung von Kultur und Natur stellt für Tirol mit seinem gestiegenen Nutzungsdruck eine besondere Herausforderung dar, die Kultur uns Antworten auf die großen Fragen unserer Zeit zu geben vermag.

Für die Kulturpolitik sollten in den kommenden Jahren Fragen des Zugangs und der Barrierefreiheit in ihren unterschiedlichen Dimensionen im Mittelpunkt stehen. Dazu gesellen sich gestiegene Ansprüche an Transparenz, Mitsprache und Verantwortlichkeit. Und schlussendlich soll die Politik auch dazu beitragen, kulturelle Visionen zu entwickeln und zur Realität werden zu lassen.

Kultur in Tirol ist aber auch noch mehr als nur Zukunft. Sie ist auch Bewusstsein über die Vergangenheit und ihre Wege. Neben dem Bundesland Tirol verbindet uns auch eine besondere Solidarität mit den Bewohner*innen des historischen Tirols. Eine gemeinsame und teils auch getrennte Geschichte verbindet. Das historische Tirol war eine gewachsene, vielsprachige Gesellschaft unterschiedlicher Bewohner*innen: etwa deutschsprachiger, italienischsprachiger oder ladinischsprachiger Gesellschaften. Wir versuchen heute, die Gemeinsamkeiten in der Euregio Tirol-Südtirol-Trentino herauszuarbeiten und über Grenzen hinweg zu verbinden. Die Überwindung der Brennergrenze ist eine der wichtigsten Errungenschaften der Tiroler Regionalpolitik der vergangenen Jahrzehnte. Wir Grüne sperren uns gegen neue Grenzen mitten in Europa und stehen für eine Überwindung und den Abbau von Grenzen ein, für Friedenspolitik und gegenseitige Aussöhnung, für gemeinsames Wissen und gemeinsame Hoffnungen, für eine Überwindung von Sprachbarrieren und einen Heimatbegriff, der größer und inklusiver ist als jener, den rechte Gruppierungen in unserem Land verbreiten wollen.

Für eine vielfältige und lebendige Kulturlandschaft fordern wir:

- Ein landesweiter Kulturentwicklungsprozess soll initiiert werden.
- Kulturbeiräte sollen nach Salzburger Vorbild demokratisiert werden und soweit sinnvoll auch zu echten Förderbeiräten mit entsprechender Transparenz ausgebaut werden.
- Kulturinitiativen sollen strukturell abgesichert werden. Gerade aus dem Bereich der freien Kulturszene kommen wichtige Impulse für die Gestaltung der Gesellschaft. Kritische Auseinandersetzung mit dem gesellschaftlichen Mainstream soll dabei besonders gefördert werden. Die Rahmenbedingungen für die freie Kulturarbeit zu verbessern, bedeutet gleichzeitig eine Verbesserung der gesamten Gesellschaft.
- Durch Mehrjahresverträge soll finanzielle Sicherheit bestehen.
- Kunst und Kultur im öffentlichen Raum soll besondere Bedeutung beigemessen werden.
- Die vielfältige Museumslandschaft Tirols soll gesichert und mit einer Dachmarke besser vermarktet werden.
- Die Tiroler Landesmuseen bedürfen einer Neupositionierung. Der starke kulturgeschichtliche Fokus an mehreren unterschiedlichen Standorten zeigt keine kulturpolitischen Schwerpunkte. Die kulturgeschichtlichen Ausstellungen des Zeughauses könnten beispielsweise auf den Bergisel wandern und im Zeughaus ein Schwerpunkt auf Zeitgenössisches entstehen. Über die Zukunft der Tiroler Landesmuseen braucht es jedenfalls eine breite gesellschaftliche Debatte und nicht nur eine Entscheidung in Gremien von Verein und Co.
- 🍷 Die Tiroler Landesmuseen sollen kostenfrei zugänglich werden. Jene Menschen, für die es leistbar ist, werden über einen Beitragsvorschlag eingeladen, freiwillig zum Erhalt der kulturellen Infrastruktur beizutragen.
- Kunst und Kultur sollen auch für finanziell schwächere Menschen leichter zugänglich werden. Ein cultural divide in Tirol soll verhindert und wo vorhanden möglichst verkleinert werden. Viele kulturell marginalisierte Gruppen können derzeit noch nicht am breiten Tiroler Kulturangebot teilnehmen. Dies ist sehr schade und sollte verändert werden.
- ★ Programme zur Inklusion von Migrant*innen im Kulturbetrieb schaffen.
- Für finanziell schwache Menschen sollte der Zugang zu Kultureinrichtungen wie Bibliotheken gratis sein.
- Der Zugang zu Kunst und Kultur soll möglichst barrierefrei sein. Das betrifft bauliche Barrieren ebenso wie finanzielle oder soziale Barrieren. Ein niederschwelliger Zugang nützt allen Beteiligten. Entfremdung von der Kulturszene soll nicht vererbt werden.
- Die Eintrittskarte zu Events wird zum Öfiticket; damit kann die Verkehrsbelastung bei Veranstaltungen reduziert werden und bedeutet eine stressfreie Anreise für die Besucher*innen. Für den öffentlichen Verkehr stellt dies einen Zugewinn an Gästen und Einnahmen dar.
- Wir setzen uns für eine erhöhte Sichtbarkeit des öffentlichen Verkehrs im Kulturbetrieb ein. Digitale Anzeigetafeln für die Abfahrtszeiten der nächstgelegenen öffentlichen Verkehrsmitteln sollten in möglichst vielen Kulturbetrieben zur Selbstverständlichkeit werden und bieten Information und Denkanstöße gleichzeitig für die Besucher*innen.

- Verträge von Kulturmanager*innen sollen öffentlich ausgeschrieben werden, ebenso wie Transparenz im Bewerbungsprozess über unterschiedliche vorgelegte Konzepte Standard werden sollte, damit sich die Öffentlichkeit daran beteiligen kann. Der Kulturpolitik in Tirol fehlte in den vergangenen Jahren die lebendige öffentliche Debatte, die wir wieder anstoßen wollen.
- Einrichtung einer Artothek im neuen Sammlungs- und Forschungszentrum des Landesmuseums in Hall.
- Ein Entwicklungs- und Umsetzungskonzept für den Standort der Rotunde an der Kettenbrücke mit einem Schwerpunkt auf öffentlicher Nutzung wird forciert.
- Mehr Mittel für die Tiroler Filmwirtschaft.
- Nichtkommerzielle Medien in Tirol, einschließlich digitaler Medien, sollen verstärkt gefördert werden.
- 📶 Förderung von kultureller Auseinandersetzung mit neuen medialen Ausdrucksformen, beispielsweise der Digitalkultur.
- Die bisherige Verleihungspolitik an Kunst- und Kulturpreisen soll eine Schwerpunktsetzung erfahren und insbesondere auch einen Fokus auf weniger arrivierte Künstler*innen legen.
- Das Kunstwerk „Grüß Göttin“, über dessen Aufstellung es bereits Landtagsbeschlüsse gibt, soll im Innenhof des Volkskunstmuseums, vis à vis des Wallnöfer-Denkmal aufgestellt werden und damit einen spannenden Kontrast erzeugen.
- Für die Tiroler Festspiele Erl soll rechtzeitig ein Konzept für die Nachfolge der derzeitigen Intendanz unter Beteiligung der öffentlichen Hand erstellt werden.
- Für die Landesgedächtnisstiftung sind weitere Schritte der Transparenz in der Entscheidung über die Mittelvergabe sowie der Rechenschaft darüber zu schaffen.
- Das Tiroler Archivgesetz ist ein großer Fortschritt für den Zugang der Öffentlichkeit zu Archivalien. Ein weiterer Ausbau des Zugangs der Öffentlichkeit zu kulturhistorisch bedeutsamen Archivalien ist wünschenswert. Forschung soll gerade an historisch umstrittenen Themen frei und unbeeinflusst möglich sein.

Erscheinungsdatum: Jänner 2018

Impressum:

Die GRÜNEN – Die Grüne Alternative Tirol
 Ing.Etzel-Str. 9, 6020 Innsbruck
 tirol@gruene.at

Fotos: Sebastian Müller

Layout: BIT-POOL . Büro für Gestaltung, Silke Sporn

Druck: Swerakdruck Ges.m.b.H., Innsbruck

Gedruckt auf 100% Recyclingpapier

